

## Tschetscheniens Stellung in der Russischen Föderation: Ramsan Kadyrows Privatstaat und Wladimir Putins föderale Machtvertikale

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (2018). *Tschetscheniens Stellung in der Russischen Föderation: Ramsan Kadyrows Privatstaat und Wladimir Putins föderale Machtvertikale*. (SWP-Studie, 1/2018). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-56903-5>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Uwe Halbach*

## Tschetscheniens Stellung in der Russischen Föderation

Ramsan Kadyrows Privatstaat und  
Wladimir Putins föderale Machtvertikale

S 1  
März 2018  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben die Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2018

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

- 5 Problemstellung und Schlussfolgerungen
- 7 Die Entfaltung der föderalen Machtvertikale
- 13 »Pax Ramsana«: »Befriedung« Tschetscheniens im Privatstaat Kadyrows
- 16 Kadyrows Kulturpolitik: Zurück zur tschetschenischen Tradition?
- 19 Konflikte zwischen Kadyrow und russischen Sicherheitsdiensten
- 21 Menschenrechtsverletzungen
- 24 Wiederaufbau und Wirtschaftsaufschwung oder Stabilitätsfassade?
- 26 Tschetschenien als grenzüberschreitender Akteur
- 30 Ausblick
- 32 Abkürzungsverzeichnis

*Dr. Uwe Halbach ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe  
Osteuropa und Eurasien*

**Tschetscheniens Stellung in der  
Russischen Föderation  
Ramsan Kadyrows Privatstaat und  
Wladimir Putins föderale Machtvertikale**

Während der mittlerweile über zehn Jahre dauernden Herrschaft des amtierenden Republikführers Ramsan Kadyrow gestaltete sich Tschetscheniens Verhältnis zur Russischen Föderation ambivalent. Einerseits ist Kadyrow bemüht, die Zugehörigkeit der Republik zu Russland mit Nachdruck zu bekunden, tschetschenischen Nationalismus mit russischem Patriotismus zu verbinden, Russlands Präsidenten in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny als Staatsikone auszustellen und sich als »Fußsoldat Putins« zu präsentieren. Andererseits hat er das Föderationssubjekt Tschetschenien so weit in einen Privatstaat verwandelt, dass in der Umgebung des russischen Präsidenten die Frage gestellt wird, inwieweit sich die von Wladimir Putin ausgebaute föderale Machtvertikale dorthin erstreckt. In Russlands Öffentlichkeit haben sich für Kadyrows Herrschaftsbereich Bezeichnungen wie »tschetschenisches Khanat« oder »Kadyrows Kalifat« eingebürgert. Aus historischer Perspektive wurde die Stellung Tschetscheniens innerhalb der Russischen Föderation mit dem Emirats von Buchara in Zentralasien verglichen, das im Machtgefüge des Zarenreichs während des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts ein Höchstmaß an Autonomie genoss.

Zu Kadyrows Eigenmächtigkeit gehört auch eine Außenpolitik, die sich vor allem an den Mittleren Osten und die gesamte islamische Welt richtet. Kein anderer regionaler Führer beansprucht eine vergleichbare, über sein eigenes Verwaltungsgebiet und die Grenzen Russlands hinausreichende Rolle. Auch hier zeigt sich die erwähnte Ambivalenz. Auf der einen Seite begrüßt der Kreml eine diplomatische Arbeitsteilung zwischen Moskau und Grosny gegenüber der islamischen Welt. Auf der anderen Seite kommt es zu Widersprüchen, wie sich im September 2017 in Reaktionen in Russland auf die Verfolgung der muslimischen Rohingya-Volksgruppe in Myanmar gezeigt hat. Bei ihren Stellungnahmen zu diesen Ereignissen waren Moskau und Grosny nicht auf einer Linie.

Während der 1990er Jahre wurde Tschetschenien zum Inbegriff von Separatismus im nachsowjetischen Russland. In der abtrünnigen Republik wurde eine historische Kontinuität antikolonialen Widerstands

gegen russische Oberherrschaft beschworen. Dschochar Dudajew, der damalige Führer der tschetschenischen Sezessionsbewegung, forderte 1991 einen Friedensvertrag, um einen »300-jährigen Krieg zwischen dem russischen Imperium und dem tschetschenischen Volk« zu beenden. Moskau reagierte auf diese Bestrebungen mit massiven Militäroperationen. Im ersten Krieg von 1994 bis 1996 bekämpften Russlands Streitkräfte in Tschetschenien nach offizieller Lesart den ethnoterritorialen Separatismus, im zweiten Krieg dagegen, der 1999 begann und 2009 offiziell beendet wurde, den internationalen islamistischen Terrorismus. Diese beiden Kriege bildeten die schlimmsten Gewaltereignisse im Raum der ehemaligen Sowjetunion. Was die Zahl der Todesopfer und das Ausmaß der Zerstörung von Städten und Siedlungen betrifft, überstiegen die Folgen bei weitem jene der Sezessionskriege im Südkaukasus (1991–1994), des Bürgerkriegs im zentralasiatischen Tadschikistan (1992–1997) und der Kämpfe in der Ostukraine seit 2014. Heute inszeniert sich die Kadyrow-Republik als Anwalt eines russländischen Vielvölker-Zusammenhalts, ist aber längst zum »inneren Ausland« Russlands geworden. Deutlichster Ausdruck dieser Entwicklung ist ein eigener Rechtszustand, in dem islamische und gewohnheitsrechtliche Regelungssysteme sowie die Willkür des Republikführers in Widerspruch zur Gesetzgebung Russlands geraten.

Indem er die Aufstandsbekämpfung ab 2002 an tschetschenische Sicherheitskräfte delegierte, versuchte Präsident Putin, die Phase massiver Kriegshandlungen in der Kaukasusrepublik zu beenden. Kritiker dieser »Tschetschenisierung« behaupten, Vater Achmat und Sohn Ramsan Kadyrow hätten auf diese Weise eine De-facto-Sezession ins Werk gesetzt, während sie unermüdlich bekundeten, Tschetschenien sei Bestandteil der Russischen Föderation. Damit seien sie erfolgreicher gewesen als die bewaffneten Untergrundkämpfer, zu denen die beiden zuvor noch gehört hatten. Das ist umso bemerkenswerter, als diese Tschetschenien-Politik in Putins erster Amtsperiode mit dem Ausbau der sogenannten föderalen Machtvertikale einherging. Die Entwicklung in und um Tschetschenien veranlasste den Kreml, die politischen Strukturen in der Russischen Föderation wieder stärker zu zentralisieren, was selbst manche russische Experten heute als »Hyperzentralisierung« kritisieren. Aus dem Konflikt mit der Kaukasusrepublik leitete Präsident Putin Legitimität für eine solche Rezentralisierung ab. Ein entscheidender Schritt in diese Richtung war die (vorübergehende) Abschaffung der regionalen Gouver-

neurswahlen nach der Geiselnahme in der nordkaukasischen Stadt Beslan vom September 2004. Dort waren über 300 Menschen ums Leben gekommen, als russische Sicherheitskräfte eine von Terroristen besetzte Schule stürmten.

In der wissenschaftlichen Literatur wird die Politik der »Tschetschenisierung« in der Putin-Ära unterschiedlich bewertet. Einige Beobachter verweisen auf den Übergang von der Phase massiver kriegerischer Gewalt hin zu einer selektiveren, gezielteren und schließlich erfolgreicherer Bekämpfung des bewaffneten Untergrunds durch lokale Sicherheitskräfte. Dies habe bewirkt, dass Tschetschenien nicht mehr den Spitzenplatz in der Gewaltstatistik des Nordkaukasus einnehme. Andere taxieren die politischen Kosten dieses sicherheitspolitischen Erfolgs auf lokaler Ebene als zu hoch. Zu den »Stabilisierungskosten«, die Präsident Putin hierbei in Kauf genommen hat, gehören verbreitete Menschenrechtsverletzungen in der Kadyrow-Republik, denen russische Behörden nicht Einhalt gebieten. Dies wurde 2017 anlässlich der Verfolgung und Ermordung Homosexueller in Tschetschenien und Anfang 2018 nach der Verhaftung des dortigen Vertreters der Menschenrechtsorganisation Memorial wie selten zuvor zu einem Thema internationaler Politik und Berichterstattung.

Betrachtet man die Stellung Tschetscheniens gegenüber der seit Anfang der 2000er Jahre gestärkten zentralen Machtebene in der Russischen Föderation, so zeigt sich, dass das Loyalitätsverhältnis zwischen Kadyrow und seinem »Lehnsherrn« Putin dabei eine entscheidende Rolle spielt. Angesichts der bevorstehenden vierten Amtsperiode Wladimir Putins nach der Präsidentschaftswahl vom März 2018 stellt sich die Frage, ob der Putin-Kadyrow-Pakt auch in Zukunft halten wird.

# Die Entfaltung der föderalen Machtvertikale

Nach Auflösung der Sowjetunion wurde am 31. März 1992 in einem Föderationsvertrag die Machtteilung zwischen dem Zentrum und den Regionen oder Föderationssubjekten des nachsowjetischen Russlands festgeschrieben. Bei seinem Besuch in der tatarischen Hauptstadt Kasan im Sommer 1990 hatte Boris Jelzin, Präsident der damals noch sowjetischen Russischen Föderation (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, RSFSR), ausgerufen: »Nehmt euch so viel Souveränität, wie ihr schlucken könnt.« In der Folgezeit erklärten sich nationale Teilrepubliken Russlands, die zuvor Autonome Sozialistische Sowjetrepubliken (ASSR) gewesen waren, für souverän. Sie beanspruchten Autonomie und eine konsequente Föderalisierung. Der Föderationsvertrag von 1992 besiegelte diesen Prozess. Ein Jahr später wurde die nachsowjetische Verfassung Russlands verabschiedet, in der dieser Vertrag schon nicht mehr ausdrücklich erwähnt wurde. Zudem hatten zwei Teilrepubliken, Tschetschenien und Tatarstan, den Vertrag nicht unterzeichnet. Heute erinnert sich kaum noch jemand in Russland an dieses Dokument.<sup>1</sup>

Zu Beginn der nachsowjetischen Periode bestand die Russische Föderation aus 89 regionalen Einheiten. Ihre Zahl wurde in den folgenden Jahren durch Zusammenschluss einiger Regionen auf 83 reduziert. Heute besteht dieser multinationale Bundesstaat aus 85 Föderationssubjekten, darunter die 2014 völkerrechtswidrig annektierte Krimhalbinsel und die Stadt Sewastopol. Auf zentraler Ebene sind sie im Föderationsrat vertreten. Zwischen den Regionen einschließlich der nationalen Teilrepubliken bestehen erhebliche Unterschiede, was sozioökonomische Entwicklung, Wirtschafts- und Bevölkerungsgröße, ethnische Zusammensetzung, finanzielle Abhängigkeit vom föderalen Haushalt und andere Kriterien betrifft.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vadim Shtepa, *The Devolution of Russian Federalism*, Washington, D.C.: Jamestown Foundation, 4.4.2017, <<https://jamestown.org/devolution-russian-federalism/>>.

<sup>2</sup> Alexander Libman, *Russische Regionen. Sichere Basis oder Quelle der Instabilität für den Kreml?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2016 (SWP-Studie 19/2016); Andreas Heinemann-Grüder, *Regionale Diskrepanzen in Russland: Politisch verursacht*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 14.4.2014, <[www.bpb.de/internationales/europa/russland/](http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/)

Derzeit ist die Mehrzahl der Regionen auf einen jährlichen Finanzausgleich angewiesen. Nur 14 gelten als Geberregionen. Unter den Nehmerregionen (dotacionnye regiony) stehen die größte nordkaukasische Teilrepublik Dagestan an erster und Tschetschenien an fünfter Stelle.<sup>3</sup>

Unter den Föderationssubjekten sind 22 Teilrepubliken mit nichtrussischen Titularnationalitäten, die in einigen Fällen zahlenmäßig hinter dem ethnisch russischen Bevölkerungsteil zurückstehen. In Tschetschenien und Dagestan leben hingegen kaum noch Russen. Die Landesteile der Russischen Föderation, die in der westlichen Russlandforschung Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, sind der Nordkaukasus mit seinen sieben Teilrepubliken von Adygeja im Schwarzmeerraum bis Dagestan am Kaspischen Meer, die Wolgaregion mit den Teilrepubliken Tatarstan und Baschkortostan sowie der Ferne Osten.

Präsident Wladimir Putin hat einen Prozess der Rezentralisierung eingeleitet und eine »Vertikale der Macht« ausgebaut, die den Raum für eine eigenständige Politik der Föderationssubjekte einschränkt. Ausdruck dieser Verflechtung mit der Zentralmacht ist die Dominanz der Regierungspartei Einiges Russland (Edinaja Rossija) in den regionalen Parlamenten. Mit der Machtvertikale setzte der russische Präsident einen Kontrapunkt zu der Zeit seines Amtsvorgängers. Insbesondere die frühe Jelzin-Periode war von teilweise chaotischer Dezentralisierung und einer »Souveränitätssparade« nationaler Teilrepubliken und autonomer Gebietskörperschaften geprägt gewesen.

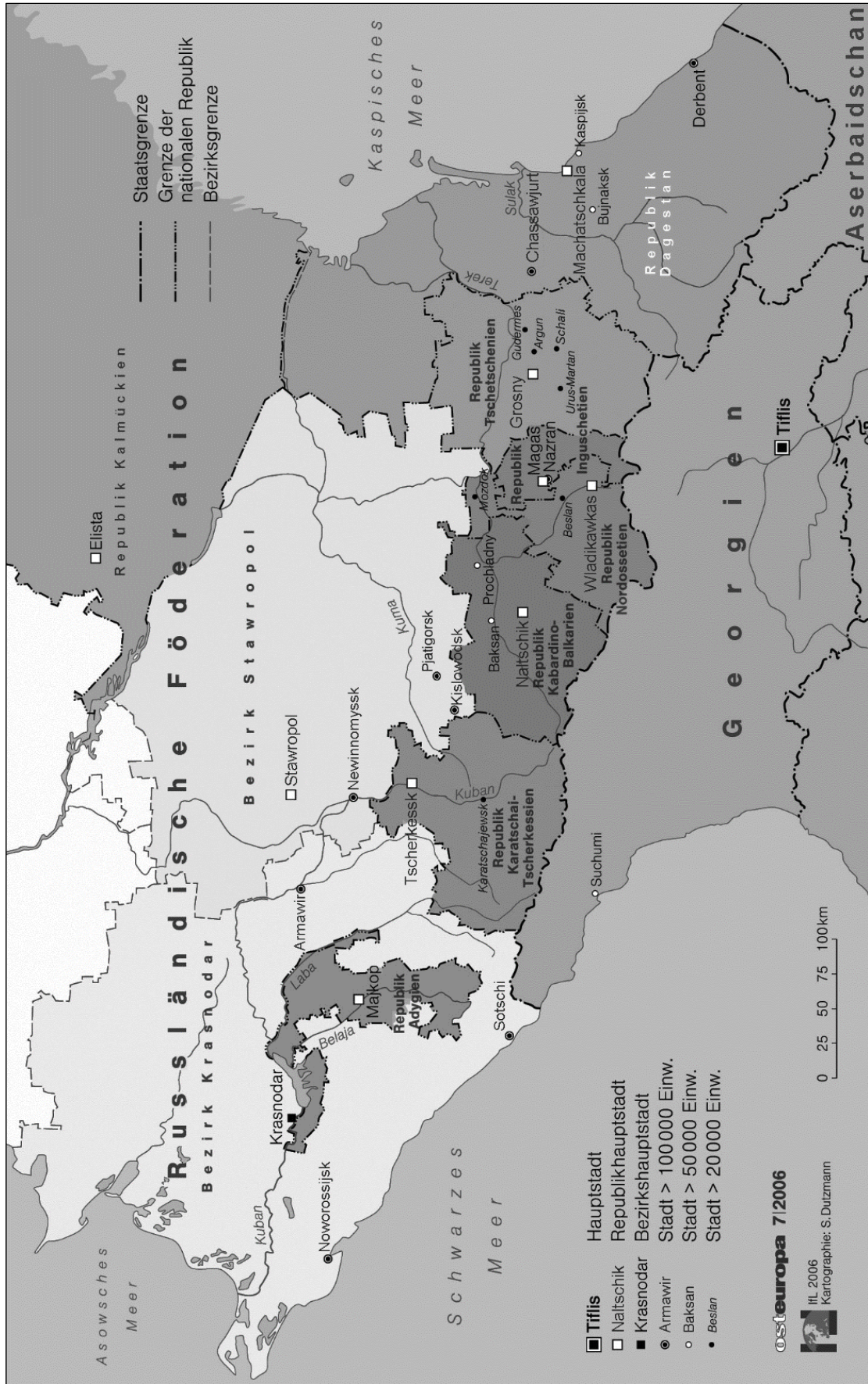
Die Rezentralisierung begann im Jahr 2000, als die Regierung sieben Föderalbezirke bildete, die mit den Generalgouvernements im Zarenreich verglichen wurden. Mittlerweile sind zwei weitere hinzugekommen: Im Januar 2010 wurde der Nordkaukasus, der zuvor zum größeren Südlichen Föderalbezirk gehört hatte, zu einem eigenen Föderalbezirk erhoben. 2014 wurde auch die annektierte Krimhalbinsel in diese

182692/analyse-regionale-diskrepanzen-in-russland-politisch-verursacht>.

<sup>3</sup> »Dagestan i Čečnja popali v pjaterku vysokodotacionnyh regionov« [Dagestan und Tschetschenien fielen unter die ersten fünf der hochsubventionierten Regionen], in: *Kavkazskij Uzel*, 12.10.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/310951](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/310951)>.



Karte: Nordkaukasus



Kategorie eingeordnet. Die Föderalbezirke werden von Sondervertretern des russischen Präsidenten geleitet. Einige ihrer Hauptaufgaben bestehen darin, die Übereinstimmung zwischen föderaler und regionaler Gesetzgebung sicherzustellen und Kontrolle über die Bundesbehörden auszuüben, die auf der regionalen Ebene tätig sind, etwa Steuerbehörden, Polizei oder der Inlandsgeheimdienst FSB.<sup>4</sup> Gerade in dieser Hinsicht ist Tschetschenien ein Sonderfall, der sich solcher Kontrolle weitgehend entzieht.

Im Jahr 2004, nach der Geiselnahme von Beslan, wurde die Direktwahl der Gouverneure und Republikführer abgeschafft. Von da an wurden sie vom russischen Präsidenten ernannt. Nach Massenprotesten gegen mutmaßliche Fälschungen bei den Duma-Wahlen vom Dezember 2011 wurde das Prinzip der Direktwahl auf regionaler Ebene wieder eingeführt – allerdings mit gravierenden Einschränkungen. Die Bewerbung für die Gouverneurswahlen wird durch einen »munizipalen Filter« erschwert: Kandidaten für den Gouverneursposten müssen zunächst eine gewisse Zahl an Unterschriften von Abgeordneten der Kommunal- und Bezirksräte und der Bürgermeister zu ihren Gunsten vorweisen. Zudem ist der gewählte Gouverneur oder Republikführer nicht gegen Absetzung durch den Kreml gefeit. Vor Regionalwahlen im Jahr 2017 wurden Forderungen laut, den munizipalen Filter, der bislang die Dominanz der Regierungspartei auf regionaler Ebene gesichert hatte, demokratischer zu gestalten. Dennoch diente der Filter vor den Gouverneurswahlen in 16 Regionen im September 2017 wieder als administratives Instrument, um die Kandidatur unabhängiger Bewerber zu verhindern.<sup>5</sup>

Was das Verhältnis zwischen der zentralen und der regionalen Machtebene im Lichte der für März 2018 geplanten Präsidentenwahlen angeht, hat Moskau seine Kontrolle über Gouverneure und regionale Finanzen noch weiter gestrafft. Damit ist eine Personalpolitik verbunden, die auf einen Generationswechsel

in den regionalen Eliten setzt und ältere »Landesfürsten« gegen jüngere, besser kontrollierbare Polit-Manager aus Institutionen der zentralen Machtebene austauscht. Zudem knüpft Moskau seine Kredite für die vielen verschuldeten Regionen an Bedingungen, die deren finanzpolitischen Entscheidungsraum einschränken.<sup>6</sup> 2017 mussten 19 Gouverneure von ihren Ämtern zurücktreten, die größte Entlassungswelle der vorangegangenen fünf Jahre.<sup>7</sup> Dabei rekrutiert Moskau verstärkt nichteinheimische Kader für die Regions- und Republikführungen. Ein schlagendes Beispiel dafür war in Tschetscheniens Nachbarrepublik Dagestan zu besichtigen. Dort wurde im Oktober 2017 der seit 2013 amtierende 71-jährige Republikführer Ramasan Abdulatipow durch Wladimir Wassiljew ersetzt, einen ehemaligen hohen Polizeioffizier aus Moskau und stellvertretenden Sprecher der Staatsduma. Erstmals seit 1948 steht damit ein Nichteinheimischer an der Spitze der größten nordkaukasischen Teilrepublik.<sup>8</sup> Diese Entscheidung wurde nicht zuletzt damit begründet, dass dieser neue Republikführer keiner einzelnen Volksgruppe und keinem Clan in Dagestan verpflichtet sei und deshalb den Kampf gegen die dort besonders stark ausgeprägte Korruption und Clanwirtschaft besser aufnehmen könne. Einige Kommentatoren indes wittern hinter solcher Kaderpolitik die von patriotischen Kreisen in Russland favorisierte Idee, zur zaristischen Praxis der Einsetzung von Statthaltern zurückzukehren.<sup>9</sup>

Als eine der größten Herausforderungen für nationale Sicherheitspolitik definiert der Kreml die Abwehr von Separatismus. Heute ist es in Russland riskant, für tatsächlichen Föderalismus und regionale Selbstbestimmungsrechte einzutreten. Die Behörden könnten dies als Aufruf zu Separatismus auslegen. 2014 trat ein Gesetz gegen »Aufrufe zur Verletzung der territorialen Integrität der Russischen Föderation« in

4 Martin Russell, *Russia's Constitutional Structure. Federal in Form, Unitary in Function*, Straßburg/Brüssel: European Parliamentary Research Service (EPRS), Members' Service Research, Oktober 2015, S. 4.

5 »In 8 out of 16 regions, non-systemic candidates failed to overcome the »municipal filter« because of obstruction by local and regional authorities.« European Platform for Democratic Elections (EPDE), *Analytical Report on the Administrative Control over the Procedure of Collecting Signatures of Deputies and Heads of Municipal Entities in Support of Candidates (»Municipal Filter«)*, Berlin, 10.8.2017 (Newsletter), S. 1, <[http://newsletter.epde.org/tl\\_files/EPDE/RESSOURCES/2017%20Golos%20Reports/Report\\_Russian\\_Election\\_Municipal\\_Final.pdf](http://newsletter.epde.org/tl_files/EPDE/RESSOURCES/2017%20Golos%20Reports/Report_Russian_Election_Municipal_Final.pdf)>.

6 Fabian Burkhardt/Janis Kluge, *Generalprobe für Russlands Präsidentschaftswahlen. Moskau stärkt seine Kontrolle über Gouverneure und regionale Finanzen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2017 (SWP-Aktuell 66/2017).

7 Maria Domańska, *The Kremlin's Regional Policy – a Year of Dismissing Governors*, Warschau: Centre for Eastern Studies (Ośrodek Studiów Wschodnich, OSW), 15.12.2017 (OSW Warsaw Commentary Nr. 257).

8 Denis Sokolov, »Pervyj prokurator Dagestana« [Der erste Prokurator Dagestans], in: *Vedomosti*, 4.10.2017, <[www.vedomosti.ru/opinion/articles/2017/10/04/736464-prokurator-dagestana](http://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2017/10/04/736464-prokurator-dagestana)>.

9 »Russian Pundit Puts New Dagestan Appointment in Context«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 11.10.2017.

Kraft, das dieser Gleichsetzung Vorschub leistet und bereits Strafverfahren nach sich gezogen hat.<sup>10</sup>

Im zweiten Tschetschenienkrieg diente die Bekämpfung von Terrorismus und islamistischem Extremismus dazu, ein erneut massives militärisches Vorgehen zu rechtfertigen. Die Gefahr eines ethnonationalistischen Separatismus auf regionaler Ebene war inzwischen gesunken. Ein sibirischer Regionalismus, finno-ugrische Nationalbewegungen in Karelien und Autonomieansprüche in Tatarstan waren nicht in ernsthafte Sezessionsbewegungen übergegangen. Die Russlandexpertin Marlène Laruelle bezweifelt, dass die Nationalismen der nichtrussischen Volksgruppen im heutigen Russland noch als »force for change« auftreten, und nennt dafür folgende Gründe: In der Region mit dem anfangs höchsten Sezessionspotential, dem Nordkaukasus, sei ein ethnoterritorialer Separatismus seit 1996 hinter islamistische Dynamiken im bewaffneten Untergrund zurückgetreten. Die »Souveränitätsparade«, die zu Beginn der nach-sowjetischen Entwicklung durch diverse Nationalbewegungen und Volksfronten hervorgerufen war, gehöre in Russland wohl weitgehend der Vergangenheit an. Regionale Bruchlinien würden heute eher durch sozioökonomische als durch ethnische Differenzen markiert.<sup>11</sup>

Als jüngste herausragende Institution der Machtvertikale auf militärischer Ebene gilt die 2016 von Präsident Putin geschaffene Nationalgarde (Rossgwardija). Sie ist direkt dem Präsidenten unterstellt und fasst bestehende Strukturen der Sicherheitsorgane wie die Truppen des Innenministeriums und Spezialeinheiten wie OMON und andere zusammen. Eine solche Prätorianergarde wurde bereits in der Jelzin-Ära in Erwägung gezogen, aber erst kürzlich installiert.<sup>12</sup> Sie umfasst inzwischen ein Personal von rund 400 000 Mann unter dem Kommando eines engen Vertrauten Putins, Viktor Solotow, der zudem im August 2017 zum Leiter der Terrorismusbekämpfung im Nordkaukasus ernannt wurde. In dem Zusammenhang wurde diskutiert, ob und inwieweit die Nationalgarde,

welche auch Posten in Tschetschenien unterhält, die in dieser Teilrepublik besonders ausgeprägte Eigenständigkeit der lokalen Sicherheitsorgane einschränkt.<sup>13</sup> Einige Beobachter haben dies als Maßnahme gegen Kadyrows Eigenmächtigkeit interpretiert. Andere wiederum sehen diese nicht geschmälert, da in der Nationalgarde dienende tschetschenische Soldaten nach wie vor ihrem Landesherrn gegenüber loyal sind und nicht ohne dessen Zustimmung eingesetzt werden. Sie werden von Scharip Delimchanow geführt, einem jüngeren Bruder Adam Delimchanows, der als rechte Hand des tschetschenischen Republikführers in der Staatsduma in Moskau gilt. Die Delimchanows sind Ramsan Kadyrows Cousins.

Die Frage, ob und in welchem Maße sich in Russland Föderalismus entfalten kann, gewann 2017 wieder an Bedeutung im innenpolitischen Diskurs. Einen Anlass dafür lieferte die Auseinandersetzung um die Verlängerung des Vertrags, mit dem sich die Teilrepublik Tatarstan in eine Sonderbeziehung zur Zentralgewalt gesetzt hatte. Zu Beginn der 1990er Jahre wurde die russische Führung nicht nur von der tschetschenischen Unabhängigkeitsbewegung herausgefordert, welche die Lostrennung von Russland betrieb. Moskau sah sich auch mit nachdrücklichen Autonomieforderungen einer tatarischen Nationalbewegung im Wolgaraum konfrontiert. Die Tataren bilden die größte nichtrussische Volksgruppe der Russischen Föderation. Wie Tschetschenien hatte auch Tatarstan den Föderationsvertrag von 1992 nicht unterzeichnet. Anders als Tschetschenien setzte diese Teilrepublik, die sich nicht an der Peripherie, sondern im Zentrum Russlands befindet, damals nicht auf Sezession, sondern auf gesonderte Verhandlungen mit der Zentralregierung über eine Machtteilung. 1994 wurde ein entsprechender Vertrag geschlossen. Er wurde 2007 um zehn Jahre verlängert und lief im Juli 2017 aus. Dieser Sondervertrag gewährte der Teilrepublik politische und wirtschaftliche Autonomie-rechte, die zwar durch Putins Machtvertikale eingeschränkt, aber nicht restlos beseitigt wurden. So blieb Tatarstan das einzige Föderationssubjekt, an dessen Spitze weiterhin ein Präsident steht, während in allen übrigen Teilrepubliken dieser Titel durch die Bezeichnung »Republikführer« ersetzt wurde. Gerade der selbstherrliche tschetschenische Republikführer

10 »Putin Signs a Law Criminalizing Calls to Separatism«, in: *The Moscow News*, 30.12.2013.

11 Marlène Laruelle, »Is Nationalism a Force for Change in Russia?«, in: *Daedalus*, 146 (2017) 2, S. 89–100 (90).

12 Margarete Klein, »Russlands neue Nationalgarde. Stärkung der Machtvertikale des Putin-Regimes«, in: *Osteuropa*, 66 (2016) 5, S. 19–32; Pavel Luzin, »The Ominous Rise of Russian National Guard«, in: *Intersection (Security)*, 21.7.2017, <<http://intersectionproject.eu/article/security/ominous-rise-russian-national-guard>>.

13 Dmitry Shlapentokh, »The Kremlin's Last Resort: Kadyrovtsi in Russia's National Guard«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, 3.3.2017, <[www.cacianalyst.org/publications/analytical-articles/item/13430-the-kremlin-last-resort-kadyrovtsi-in-russias-national-guard](http://www.cacianalyst.org/publications/analytical-articles/item/13430-the-kremlin-last-resort-kadyrovtsi-in-russias-national-guard)>.

hat diesen terminologischen Wechsel 2010 mit dem Hinweis angeregt, es könne in Russland nur einen Präsidenten geben, nämlich Wladimir Putin.<sup>14</sup> Außerdem beanspruchte Tatarstan ähnlich wie Tschetschenien, aber im Unterschied zu anderen Regionen eigene außenpolitische und außenwirtschaftliche Beziehungen. So hat es sich 2015 im Streit Russlands mit der Türkei gegen die ökonomischen Sanktionen ausgesprochen, die Moskau über Ankara verhängt hatte, und auf seine eigenen Verbindungen zu diesem Land bestanden.

Bevor der Machtteilungsvertrag im Juli 2017 auslief, kamen Forderungen auf, ihn abermals zu verlängern und den Föderalismus zu stärken. Es war die Rede von neuer Machtteilung und einem »budgetären Föderalismus«, der dem im Gegensatz zum Nordkaukasus ökonomisch starken Tatarstan erlaube, einen Großteil seiner Einkünfte für sich zu behalten. In diesem Zusammenhang wurden auch Stimmen laut, die obligatorischen Unterricht in tatarischer Sprache in der Teilrepublik verlangten und darüber hinaus einen landesweiten tatarischsprachigen Fernsehkanal wünschten, da ein großer Teil der Tataren in anderen Landesteilen Russlands lebt. Diese sprachpolitischen Forderungen fanden zum Teil Widerhall in anderen Regionen mit nicht-russischer Titulernationalität.<sup>15</sup> Auf einem Weltkongress der Tataren Anfang August 2017 mit tausend Delegierten aus 40 Ländern trat Mintimer Schaimijew, der erste gewählte tatarische Präsident (1991–2010), mit einer Rede auf. Er erinnerte an den Machtteilungsvertrag, der das »gesamte Schicksal Russlands« und des russländischen Föderalismus beeinflusst habe. Seine Verlängerung sei eine »historische Notwendigkeit«. Man müsse sich an den Verhandlungstisch setzen, um rechtliche Fragen zu

regeln und die regionale mit der föderalen Verfassung in Einklang zu bringen.

Der Kreml folgte den Forderungen vorerst nur in einem Punkt. Er gestand dem seit 2010 amtierenden Republikführer Rustam Minichanow bis 2020 den Präsidententitel zu, lehnte die Verlängerung des Sondervertrags mit der Teilrepublik jedoch ab. Auch die tatarische Regierung übernahm die genannten Anliegen nur teilweise und mit Vorsicht. Russische Organisationen in der Teilrepublik, deren Bevölkerung von 3,8 Millionen (laut Volkszählung von 2010) zu 40 Prozent aus ethnischen Russen besteht, wiesen die kultur- und sprachpolitischen Forderungen empört zurück.<sup>16</sup> Sie stehen im Widerspruch zu der von Präsident Putin verlangten Stärkung der russischen Sprache auf allen Ebenen der Föderation.<sup>17</sup> Ende November 2017 gab Tatarstan dem Druck aus Moskau nach: Der Unterricht in tatarischer Sprache an den Schulen der Teilrepublik ist nicht verpflichtend.<sup>18</sup>

Aber auch unterhalb der national-territorialen Ebene mit ihren Teilrepubliken geriet einiges in Bewegung. Die Welle von Rücktritten und Neuernennungen von Gouverneuren rückte regionale Angelegenheiten ins Rampenlicht.<sup>19</sup> So beklagen die regionalen Eliten einen Verlust an Einfluss und Gestaltungsmacht. Laut einer Studie des vom einstigen russischen Finanzminister Alexei Kudrin geleiteten Zentrums für angewandte Strategieforschung figurieren sie als reine Verwaltungseliten hinter den »strategischen Eliten«, die politische Entscheidungen beeinflussen, und den »Veto-Eliten«, die solche Entscheidungen zu korrigieren vermögen. Auch die Bedeutung regionaler

**14** »Chef ohne Präsidententitel: Kadyrow legt Treuebekenntnis zu Moskau ab – ›Iswestija‹«, in: *Sputnik Deutschland*, 13.8.2010, <<https://de.sputniknews.com/politik/20100813257098749/>>.

**15** Paul Goble, »Tatarstan's Pursuit of Power-Sharing Accord with Moscow Energizes National Movements Across Russia«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 13.4.2017; Ramazan Alpaut, »Stanet li tatarskij vtorym gosudarstvennym jazykom Rossii?« [Wird Tatarisch zweite Staatssprache Russlands?], in: *Kavkaz.Realii*, 8.4.2017, <[www.kavkazr.com/a/stanet-li-tatarskiy-vtorym-obshenatsionalnym/28416275.html?mc\\_cid=344420573e&mc\\_eid=9eaa49374d](http://www.kavkazr.com/a/stanet-li-tatarskiy-vtorym-obshenatsionalnym/28416275.html?mc_cid=344420573e&mc_eid=9eaa49374d)>; Ruslan Gorevoj, »Iskušenie separatizmom« [Versuchung durch Separatismus], in: *Versija*, 12.2.2017, <[https://versia.ru/tatarstan-mozhet-sprovocirovat-rossijskie-regiony-na-novyj-parad-suverenitetov?mc\\_cid=344420573e&mc\\_eid=9eaa49374d](https://versia.ru/tatarstan-mozhet-sprovocirovat-rossijskie-regiony-na-novyj-parad-suverenitetov?mc_cid=344420573e&mc_eid=9eaa49374d)>.

**16** Über die Forderung nach verpflichtendem Unterricht in der tatarischen Sprache für alle Bewohner der Teilrepublik beschwerte sich die Gesellschaft für Russische Kultur Tatarstans bei der Ministerin für Bildung und Wissenschaft in Moskau. So müssten mindestens 50 Prozent der Kinder in der Region unter einem unnützen Unterrichtsfach, der tatarischen Sprache, leiden – zum Schaden russischer Sprache und Literatur. »Russia: Tatarstan Media Highlights 28 August–3 September 2017«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 10.9.2017.

**17** »He has encouraged both ethnic Russians and Russian-speaking members of other nations to come out in open opposition to non-Russian republican policies of language ... « Paul Goble, »Language Fight in Tatarstan Set to Ignite Political Explosion Across Russia«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 19.9.2017.

**18** »Squeeze on Tatarstan Underlines Putin's Bid to Centralise Control of Republics«, in: *Financial Times*, 26.1.2018.

**19** Burkhardt/Kluge, *Generalprobe für Russlands Präsidentschaftswahlen* [wie Fn. 6]; Andrey Pertsev, *Russia's New Old Wave of Technocratic Governors*, Moskau: Carnegie Moscow Center, 3.3.2017, <<http://carnegie.ru/commentary/?fa=68169>>.

Wirtschaftseliten ist geschrumpft.<sup>20</sup> Nach den letzten Regional- und Gouverneurswahlen im Herbst 2017 warnten russische Historiker, Ökonomen und Politikwissenschaftler verstärkt vor einer »Hyperzentralisierung«, einer Teilung Russlands in »Moskau und Nicht-Moskau«, die im Namen der Wahrung territorialer Integrität vollzogen werde.<sup>21</sup>

Widerstand regte sich gegen den von Präsident Putin 2016 initiierten Gesetzesentwurf »Über staatliche Nationalpolitik« und die verbindliche Definition der »russländischen Nation« (rossijskaja nacija). Eine solche Festlegung steht seit Beginn der nachsowjetischen Geschichte Russlands aus. Die Politik schwankte zwischen drei Auslegungen von Nationalstaatlichkeit: einer staatsbürgerlichen (civic nationalism), einer ethnonationalen, hier auf das Russentum bezogenen, und einer neoimperialen.<sup>22</sup> Moskau erwies der staatsbürgerlichen Nation zwar Lippenbekenntnisse, war in der Putin-Ära aber eher der dritten Variante zugeneigt. Nun sollte per Gesetz über die Definition entschieden werden. Trotz Unterstützung und Ermunterung durch Präsident Putin wurde der Gesetzesentwurf jedoch nach fünf Monaten Diskussion bis auf Weiteres ad acta gelegt. Vorerst gescheitert ist er am Widerstand russischer Nationalisten, die einen dominanten Status ethnischer Russen gesetzlich fixiert haben wollen, und nicht-russischer Eliten, die hinter diesem Vorstoß den Versuch witterten, sie ihrer Privilegien zu berauben.

Spannungen zwischen dem Zentrum und den Regionen auf ideologischer und kultureller Ebene gibt es auch bei der Geschichtsdarstellung. Diese wird in Russland zunehmend wieder von staatlichen Stellen gelenkt, und zwar in Richtung eines einheitlichen, die Großmacht Russland verherrlichenden Narrativs. Bei einem Treffen im März 2015 mit Regionalpolitikern des Nordkaukasus bezichtigte Moskaus Sondergesandter für diesen Föderalbezirk dortige Universitäten der Geschichtsfälschung und stellte historische Termini wie »antikolonialer Widerstand« in Frage. Auch missbilligte er die Exponate lokaler Museen, die sich dem Leben der Einheimischen vor dem Anschluss ihrer Region an Russland widmen und diese Zeit angeblich

glorifizieren.<sup>23</sup> Zwischen Zentrum und Peripherie kam es in den letzten Jahren zu »Denkmalkonflikten«, in denen ethnische Russen zaristischen Generälen wie Alexei Jermolow huldigen, während Nordkaukasier ihrer Widerstandskämpfer wie Imam Schamils gedenken.<sup>24</sup> In der Geschichtspolitik unter Putin zeichnet sich eine Tendenz ab, den russischen Kolonialismus in Frage zu stellen, nach dem Motto: Wir waren keine Kolonialmacht wie die westlichen Mächte, die auf überseeische Gebiete ausgegriffen und diese ausgebeutet haben. Im Oktober 2016 forderte der Sicherheitsrat Russlands ein Zentrum, das Fälschungen der Geschichte des Landes abwehren soll, die im Westen und in ehemaligen Sowjetrepubliken angeblich kursieren, zum Beispiel »Spekulationen über die koloniale Frage«.<sup>25</sup>

Tschetschenien, das sich noch zwei Jahrzehnte zuvor im antikolonialen Widerstand gegen die russische Oberherrschaft verortet hatte, bekräftigt heute das vom Kreml unterstützte Geschichtsnarrativ. So hat das Kadyrow-Regime dort seit 2011 die Erinnerung an die 1943/44 von Stalin verordnete Deportation ganzer Volksgruppen wie der Tschetschenen und Inguschen aus dem Nordkaukasus zurückgestellt und Gedenkveranstaltungen dazu nicht mehr gefördert.<sup>26</sup>

20 »Regional'nye elity priznali svoju otstranennost' ot politiki« [Die regionalen Eliten haben ihre Entfremdung von der Politik festgestellt], in: *Vedomosti*, 16.3.2017.

21 Siehe dazu Paul Goble, »Hyper-Centralization of Russia Threatens Its Development and Survival«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 19.10.2017.

22 Igor Torbakov, »What Is to Be Done about the »Russian Question?«, in: *EurasiaNet*, 27.10.2017.

23 Valery Dzutsati, »History Widens the Divide between the North Caucasus and the Rest of Russia«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 30.3.2015.

24 Paul Goble, »Russian Regions Erecting Statues to Those who Resisted Muscovite Expansion«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 14.3.2017.

25 Siehe dazu Alexander Morrison, »Russia's Colonial Allergy«, in: *EurasiaNet*, 19.12.2016.

26 Siehe dazu das Kapitel »Kadyrows Kulturpolitik: Zurück zur tschetschenischen Tradition?« in dieser Studie.

## »Pax Ramsana«: »Befriedung« Tschetscheniens im Privatstaat Kadyrows

Auf regionaler Ebene entstand eine andere Machtvertikale, errichtet in Tschetschenien von der Kadyrow-Dynastie, vor allem von Ramsan Kadyrow. Sie scheint uneingeschränkt zu sein und bildet in Russland eine Ausnahme. Muslim Chatschijew, Bürgermeister der Republikhauptstadt Grosny, meint dazu: »Alles, was halbwegs von Bedeutung ist, geschieht hier unter den Augen Kadyrows. Er trägt für alles die Verantwortung, vor dem Volk, vor Gott und dem Präsidenten [Russlands, d. Verf.]«. <sup>27</sup>

Der tschetschenische Republikführer hat wiederholt darauf hingewiesen, nichts und niemand außer Präsident Putin könne seine Machtstellung einschränken und kontrollieren – weder ein Parlament noch Medien oder Justizapparate und schon gar keine Opposition. »Bei uns gibt es keine Opposition. Das ist ein System zur Untergrabung staatlicher Gewalt hoheit [vlast']. Ich erlaube es nicht, mit dem Volk zu spielen.«<sup>28</sup> Außer der Regierungspartei Einiges Russland existieren keine Parteien in Tschetschenien. Daher erzielt Kadyrow als Kandidat der Regierungspartei Russlands bei Regionalwahlen stets ein nahezu hundertprozentiges Resultat. Das gilt auch für seinen Lehnsherrn Putin, der 2012 bei der letzten russischen Präsidentenwahl 99,73 Prozent der Stimmen in Tschetschenien erlangte, bei einer angeblichen Wahlbeteiligung von 99,59 Prozent.<sup>29</sup> Landesweit lag die Zustimmung zu Putin damals bei etwa 64 und die Wahlbeteiligung bei rund 65 Prozent. Unter den sogenannten Wahlsultanaten nimmt Tschetschenien den Spitzenplatz ein. Damit sind 15 Regionen gemeint, in denen Putin und die Regierungspartei bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen weit mehr Stimmen erhalten als im Landesdurchschnitt.

Als Belohnung für seine Vasallentreue behandelt Kadyrow Tschetschenien als sein persönliches Lehen. Er droht damit, Polizeieinheiten aus anderen Teilen Russlands unter Beschuss zu nehmen, falls sie ohne

seine Erlaubnis in Tschetschenien operieren. Über seine Gegner verhängt er Sippenhaft und lässt sie auch außerhalb Tschetscheniens verfolgen. Zudem praktiziert er eine Kultur- und Religionspolitik, die laut Kritikern darauf hinausläuft, die russländische Teilrepublik in einen islamischen Staat zu verwandeln.<sup>30</sup>

Ramsan Kadyrow, geboren 1976, kämpfte im ersten Tschetschenienkrieg 1994 bis 1996 auf der Seite der Separatisten gegen die russischen Truppen. Danach diente er als Leibwächter seines Vaters Achmat, der als Mufti in der de facto unabhängigen Republik amtierte. Zu Beginn des zweiten Krieges im Herbst 1999 traten Vater und Sohn auf die Seite der russischen Sicherheitskräfte über. Nach der chaotischen Phase zwischen 1996 und 1999 war den Kadyrows klar geworden, dass Tschetschenien einen erneuten Krieg gegen Russland kaum würde gewinnen können. Nachdem russische Truppen wieder die Kontrolle über die abtrünnige Teilrepublik erlangt hatten, erhob Präsident Putin Achmat Kadyrow zu ihrem Führer. Der junge Ramsan leitete seines Vaters Sicherheitsapparat, der unter dem Namen »Kadyrowzy« bekannt wurde und heute über 30 000 Mann umfasst. Im März 2003 wurde per Referendum eine neue Verfassung für Tschetschenien verabschiedet, die einen Monat später in Kraft trat. Sie garantierte der Republik ein gewisses Maß an Autonomie, unterstellte sie aber der Russischen Föderation und der Zentralgewalt. Im Oktober 2003 wurde dann bei fragwürdigen Präsidentenwahlen in der Republik der von Moskau unterstützte Kandidat Achmat Kadyrow mit 80 Prozent der Stimmen gewählt. Er fiel am 9. Mai 2004 einem Mordanschlag zum Opfer. Seine Amtsnachfolge trat Innenminister Alu Alchanow an, da Kadyrows Sohn für das Präsidentenamt noch zu jung war. Von Putin protegiert, stieg Ramsan allerdings zügig zum eigentlichen Machthaber auf. Im März 2006 wurde er zum Premierminister ernannt und besetzte Regierung und Verwaltung weitgehend mit seinen Gefolgsleuten. 2007 trat Alchanow vom Präsidentenamt zurück, das nun Ramsan Kadyrow übernahm.

<sup>27</sup> Zitiert in »Chechen Ruler Picks Football Team to Build Personality Cult«, in: *Financial Times*, 7.8.2017.

<sup>28</sup> Zitiert in Il'ja Jašin, *Ugroza nacional'noj bezopasnosti. Neza-visimij ekspertnyj doklad* [Gefahr für die nationale Sicherheit. Vortrag eines unabhängigen Experten], Moskau: Open Russia, Februar 2016, S. 12, <<https://openrussia.org/post/view/12965/>>.

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Georgy Bovt, »Will Moscow Allow Polygamy in Chechnya?«, in: *The Moscow Times*, 13.5.2015.

Ein wesentlicher Grund für die Sonderstellung dieser Republikführung liegt darin, dass die Kadyrows im Auftrag Putins dazu beigetragen haben, die Phase massiver kriegerischer Gewalt in Tschetschenien in eine selektivere, gezieltere Bekämpfung des Gegners zu überführen. Der zweite Tschetschenienkrieg war wie der erste von überbordender Gewalt geprägt. Nach der Einnahme Grosny durch russische Truppen im März 2000 zog sich der bewaffnete Widerstand in unzugängliche Bergregionen zurück und führte von dort aus einen Partisanenkrieg gegen die russischen Streitkräfte. Diese gingen ihrerseits unverhältnismäßig gegen ganze Städte und Siedlungsgebiete vor, beschossen sie mit Artillerie, flogen Luftangriffe und unternahmen Säuberungsaktionen.<sup>31</sup> Doch derlei Methoden erwiesen sich eher als kontraproduktiv. Ein russischer General berichtete noch 2004 vom Schlachtfeld in Tschetschenien, dass die Armee dort hauptsächlich mit der Sicherung der eigenen Truppen beschäftigt sei und der Guerilla nicht wirkungsvoll entgegentreten könne.<sup>32</sup>

Seit 2002 setzte der Kreml verstärkt auf prorussische lokale paramilitärische Einheiten unter dem Oberbefehl der Kadyrows, die als ehemalige Widerstandskämpfer gegen Russland selbst Erfahrungen mit Guerillakrieg gesammelt hatten. Diese lokalen Einheiten, in die nun mehr und mehr Überläufer aus dem Lager der Aufständischen integriert wurden,<sup>33</sup> verfügten über bessere Kenntnisse des soziokulturellen Terrains in den Kampfgebieten und der Vorgehensweise des Gegners als die russischen Truppen. Damit verwandelte sich der zweite Tschetschenienkrieg Stück für Stück in einen lokalen Bürgerkrieg. Die Kadyrowzy ersetzten die russischen Truppen weitgehend als führende Kraft in der Terrorbekämpfung. Dabei bedienten sie sich vor allem der Sippenhaft, die sie nicht nur gegen die engere Verwandtschaft der verbliebenen Insurgenten und Terrorverdächtigen

richteten. Die gängigste Praxis in diesem Zusammenhang war das Niederbrennen von Häusern. Ramsan Kadyrow hat bei seinen Straf- und Abschreckungsmaßnahmen auch die tschetschenische Diaspora in Europa ins Fadenkreuz genommen.

Laut einer Studie von 2010 hat die gezielte Aufstandsbekämpfung durch lokale Sicherheitskräfte im Vergleich zum Vorgehen der russischen Armee bewirkt, dass die vom bewaffneten Untergrund ausgehenden Gewaltaktivitäten um 40 Prozent sanken.<sup>34</sup> 2009 hob Moskau den Sonderstatus Tschetscheniens als Ort der Terrorbekämpfung offiziell auf. Im Februar 2010 besuchte eine Delegation des britischen House of Lords die Kaukasusrepublik. Geleitet wurde sie von Frank Judd, ehemals Berichterstatter im Europarat über die Menschenrechtslage in Tschetschenien. Ihr Befund lautete, dass die Sicherheit für die Menschen dort deutlich höher sei als in den Kriegstagen, die Menschenrechtslage aber weiterhin prekär. »Es gibt nach wie vor extralegale Straflager, Menschen verschwinden, auf Zeugen wird Druck ausgeübt und Häuser werden niedergebrannt.«<sup>35</sup>

Nach dem Ende der Phase heftigster kriegerischer Auseinandersetzungen verringerte sich zwar die Gewalt in Tschetschenien, aber gleichzeitig breitete sich die islamistische Aufstandsbewegung auf andere Teile des Nordkaukasus aus. 2007 rief der letzte tschetschenische Untergrund-Präsident Doku Umarow ein sogenanntes Kaukasus-Emirat aus. Es übte zwar keine kompakte Territorialherrschaft aus, war aber bemüht, lokale Untergrundzellen (jama'at) in verschiedenen Teilen des Nordkaukasus zu koordinieren und ideologisch zu motivieren. Erst seit etwa 2013 gingen die Kämpfe in der gesamten Region zurück und die Zahl der Todesopfer sank deutlich. Dies lag vor allem daran, dass viele Jihad-Kämpfer aus dem Kaukasus und anderen Teilen Russlands in Kampfgebiete in Syrien und Irak zogen.<sup>36</sup>

An der Loyalität der tschetschenischen Bevölkerung zu ihrem Republikführer und selbst einiger Kadyrowzy

<sup>31</sup> Emil Aslan Souleimanov/Huseyn Aliyev, *How Socio-cultural Codes Shaped Violent Mobilization and Pro-insurgent Support in the Chechen Wars*, Cham: Springer (Palgrave Macmillan), 2017, S. 38. Zur russischen Kriegsführung siehe Mark Galeotti, *Russia's Wars in Chechnya 1994–2009*, Oxford 2014.

<sup>32</sup> Emil Aslan Souleimanov, *The North Caucasus Insurgency: Dead or Alive?*, Carlisle, Pennsylvania: The United States Army War College, Strategic Studies Institute, Februar 2017, S. 35.

<sup>33</sup> Im Oktober 2005 bestanden laut Angaben des damaligen Republikführers Alu Alchanow die lokalen Sicherheitskräfte bereits zur Hälfte aus 7000 ehemaligen Aufständischen, die zur Gegenseite übergelaufen waren. John Russell, *Chechnya – Russia's War on Terror*, London/New York: Routledge, 2007, S. 88.

<sup>34</sup> Jean-François Ratelle/Emil Aslan Souleimanov, »A Perfect Counterinsurgency? Making Sense of Moscow's Policy of Chechenisation«, in: *Europe-Asia Studies*, 68 (2016) 8, S. 1287–1341 (1289); Jason Lyall, »Are Coethnics More Effective Counterinsurgents? Evidence from the Second Chechen War«, in: *American Political Science Review*, 104 (2010) 1, S. 1–20.

<sup>35</sup> Zitiert in »British MPs »Disturbed« by Chechnya Visit«, in: *The Moscow News*, 25.2.2010.

<sup>36</sup> Uwe Halbach, *Russland und der Nordkaukasus im Umfeld des globalen Jihadismus*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2017 (SWP-Aktuell 23/2017).

zu ihrem Dienstherrn haben Feldstudien Zweifel aufkommen lassen. So haben Jean-François Ratelle und Emil Aslan Souleimanov zwischen 2008 und 2013 Interviews geführt, in denen sich einige Gesprächspartner zum Beispiel darüber beklagten, dass lediglich mit der Kadyrow-Sippe verbundene Städte und Ortschaften von den Wiederaufbauprogrammen in Tschetschenien profitiert hätten.<sup>37</sup> Gleichwohl attestieren die beiden Forscher Putins Tschetschenisierungspolitik und seinem Bündnis mit der Kadyrow-Familie beachtlichen Erfolg. Der russische Präsident habe damit drei wesentliche Ziele erreicht: Erstens seien die durch den Krieg verursachten Verluste unter der Bevölkerung gesunken. Zweitens habe die Übertragung der Aufstandsbekämpfung an die Kadyrowzy Moskau geholfen, sich vom Schlachtfeld Tschetschenien und der dort begangenen Gewalt gegen die Zivilbevölkerung zu distanzieren und sich so der Kritik an Menschenrechtsverletzungen zu entziehen. Drittens sei es Kadyrow tatsächlich gelungen, den Aufstand zurückzudrängen, anders als etwa der Führung in der Nachbarrepublik Dagestan. Zudem sei Kadyrow bei aller Eigenmächtigkeit in Tschetschenien dem russischen Präsidenten gegenüber loyal geblieben.<sup>38</sup>

Aber ob daraus nachhaltige Stabilität abzuleiten ist, bleibt fraglich. Zweifel nähren vor allem zwei eng verknüpfte Instrumente, welche die Kadyrows in der Aufstandsbekämpfung anwenden, nämlich Sippenhaft und Blutrache, die in der tribalen tschetschenischen Gesellschaft eine historische Rolle gespielt haben.<sup>39</sup>

Russische Menschenrechtsaktivisten und Regionalexperten wie Jekaterina Sokirjanskaja, Swetlana Gannuschkina und Alexei Malaschenko glauben, dass ein Teil der jungen Tschetschenen deshalb für die Propaganda des sogenannten Islamischen Staates (IS) empfänglich ist, weil Tschetschenien heute keineswegs dauerhaft befriedet ist, wie es die offizielle Lesart nahelegt.<sup>40</sup> Die tschetschenische Gesellschaft ist

immer noch von zwei Kriegen traumatisiert, die in nahezu jeder Familie Todesopfer gefordert haben. Auch wenn die heute Minderjährigen die Kriegphasen nicht miterlebt haben, wird dieses Trauma von der Elterngeneration auf sie übertragen. Die neuen glänzenden Fassaden der Hauptstadt Grosny können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein großer Teil der Republikbevölkerung an oder unter der Armutsgrenze lebt. Dagegen können Kadyrows Gefolgsleute ungehindert ihren Reichtum und Luxus zur Schau stellen. »Es gibt die, denen alles erlaubt ist. Und es gibt die Masse der Bevölkerung, die vollkommen rechtlos ist, ... die sich auf öffentlichen Plätzen einzufinden hat, um die Regierung zu unterstützen, die ihre Religion so zu befolgen hat, wie es das Regime ihr vorschreibt.«<sup>41</sup> Allerdings betonen die Experten, dass auch unter diesen Bedingungen von einer massenhaften Unterstützung für den IS nicht die Rede sein kann. Sie heben hervor, dass sich die eher begrenzte potentielle Anhängerschaft nicht nur aus unterprivilegierten Gesellschaftsschichten rekrutiert, sondern ein komplexeres Sozial- und Bildungsprofil aufweist. Laut Aussage des tschetschenischen Innenministers wurden 2017 in der Republik acht »Schläfer-Zellen« des IS entdeckt und 18 Untergrundkämpfer getötet.<sup>42</sup>

37 »Moscow has managed to maintain control over the Chechen state in general and Chechen elites in particular. ... Unlike in Afghanistan and Iraq, where sectarian division and the empowerment of local ethnic allies have delivered mixed results for the US Army, Chechenisation represents a model where Moscow has been able to find the right balance between autonomy and control.« Ratelle/Souleimanov, »A Perfect Counterinsurgency?« [wie Fn. 34], S. 1310.

38 Ebd.

39 »Krovnaja mest« – kak teper ubivajut na Kavkaze« [Blutrache: Wie heute im Kaukasus gemordet wird], in: *Kavkazskij Uzel*, 26.12.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/296137/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/296137/)>.

40 »Eksperty nazvali pričiny interesa čečenskoj molodeži k ideologii IG« [Experten nennen die Gründe für das Interesse

der tschetschenischen Jugend an der IS-Ideologie], in: *Kavkazskij Uzel*, 15.3.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/299244/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/299244/)>.

41 Zitat von Jekaterina Sokirjanskaja, ebd.

42 »Russia: Chechnya Media Highlights 15–28 January 2018«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 1.2.2018.



## Kadyrows Kulturpolitik: Zurück zur tschetschenischen Tradition?

Ramsan Kadyrow betont mit Nachdruck, dass Tschetschenien Bestandteil der Russischen Föderation ist, und betreibt wie kein anderer regionaler Führer einen Kult um den Präsidenten Russlands, den er dazu auffordert, sein Amt auf Lebenszeit auszuüben. Der Geburtstag Putins wird in Grosny mit einem Massenaufmarsch begangen. Wie seinen Vater Achmat und sich selbst erhebt Ramsan Kadyrow den russischen Präsidenten zur Staatsikone. In der tschetschenischen Gesellschaft wird diese Trinitäts-Ikonologie auf die satirische Formel »Vater, Sohn und Heiliger Geist« gebracht. Vater Achmat steht dabei an der Spitze des Personenkults – ähnlich wie Heydar Alijew in Aserbaidschan, Vater des amtierenden Präsidenten Ilham Alijew. Aserbaidschan und Tschetschenien sind die beiden politischen Entitäten im postsowjetischen Raum, in denen sich autoritäre Familienherrschaften als Dynastien etabliert haben. Die größte Moschee im gesamten Nordkaukasus steht in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny. Nicht nur sie trägt den Namen des ehemaligen Muftis und Republikführers Achmat Kadyrow, sondern auch Straßen und Gebäude in Grosny und anderen Ortschaften der Republik. 2017 wurde der Kult um die Vaterfigur nochmals verstärkt. So wurde der tschetschenische Fußballverein RFK Terek Grosny, der in der höchsten russischen Liga spielt, in FK Achmat Grosny umbenannt. Der 66. Geburtstag des Namensgebers wurde am 22. August 2017 in der Hauptstadt feierlich begangen – unter Beteiligung seiner ehemaligen Mitarbeiter sowie von Repräsentanten des Parlaments, öffentlicher Organisationen und der Muftiats-Geistlichkeit. Als Ehrengast aus Moskau nahm der Minister für Angelegenheiten des Nordkaukasus, Lew Kusnetzow, teil.<sup>43</sup> Bei dieser Feier richtete Ramsan Kadyrow seine Botschaft an die islamische Welt: Prominente Islamgelehrte aus Dutzenden Ländern hätten anerkannt, dass sein Vater sein Leben für Gott und die Rettung des tschetschenischen Volkes geopfert habe. Dagegen schickten sich internationale Terroristen an, das tschetschenische Volk zu opfern, um einen Plan zu verwirklichen, der den

<sup>43</sup> Ein eigenes Ministerium für die Angelegenheiten des Nordkaukasus (Minkavkaz) in Moskau wurde im März 2014 etabliert.

Zerfall Russlands zum Ziel habe.<sup>44</sup> Mehrmals hat Kadyrow in den letzten Jahren behauptet, diese Unterwanderung der Stabilität seiner Republik und der territorialen Integrität Russlands werde von westlichen Akteuren gesteuert.

Seinen Personenkult organisiert Ramsan Kadyrow mit Männlichkeitsritualen, Kampfsportaufführungen, an denen mitunter seine Söhne beteiligt sind, und anderen bizarren Mitteln. Im Februar 2013 richtete er seine Instagram-Website ein, auf der er fortan Kommentare zu Tschetschenien, Russland und dem Rest der Welt postete. Seine Online-Audienz wuchs auf mehr als vier Millionen Besucher an. Seit dem 23. Dezember 2017 war allerdings kein Zugriff auf Kadyrows Instagram- und Facebookseiten mehr möglich. Sie wurden blockiert, drei Tage nachdem die US-Regierung Kadyrow gemäß dem sogenannten Magnitski-Gesetz<sup>45</sup> wegen Menschenrechtsverletzungen auf ihre Sanktionsliste gesetzt hatte. Diese Maßnahme löste nicht nur in Tschetschenien, sondern in ganz Russland empörte Reaktionen aus.<sup>46</sup>

Nicht nur mit Bezug auf seinen eigenen Herrschaftsbereich, sondern auf ganz Russland kultiviert Kadyrow das Image eines Helfers der Bedrängten. So rühmt er sich, bei der Entlassung russischer Journalisten, die in der Ukraine festgehalten worden waren, und der Befreiung russischer Marineangehöriger aus Gefangenschaft in Libyen behilflich gewesen zu sein. 2017 engagierte er sich für die Rückführung russischer Kinder und Frauen, die in den von irakischen und syrischen Truppen eingenommenen Territorien des IS festsaßen. Allein zwischen August und Oktober 2017 brachte Kadyrows Sondergesandter für den Mittleren Osten und Nordafrika, Zijad Sabsazi, etwa 50

<sup>44</sup> »Russia: Chechnya Media Highlights 21–27 August 2017«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 3.9.2017.

<sup>45</sup> Der »Magnitsky Act« wurde 2012 vom US-Kongress verabschiedet und von Präsident Obama unterzeichnet. Er setzte russische Offizielle auf eine Sanktionsliste, die für den Tod des 2009 verhafteten und in der Haft umgekommenen Wirtschaftsprüfers Sergei Magnitski verantwortlich gemacht werden.

<sup>46</sup> »Chechen Leader's Social Media Ban Causes Outrage in Russia«, in: *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 25.12.2017.

von ihnen aus den Kriegsgebieten zurück.<sup>47</sup> Mit dieser Imagepflege kommt Kadyrow im Inneren Russlands gut an, obwohl die dortige Bevölkerung Vorbehalte gegenüber Tschetschenen und anderen Nordkaukasien hegt. In einer Meinungsumfrage des Instituts WZIOM vom April 2017 unter 1800 Bürgern Russlands glaubten 55 Prozent der Befragten, dass Kadyrows Aktivitäten dem gesamten Land nützen. Der Institutsleiter Waleri Fedorow fasste die Umfrageergebnisse so zusammen: »Der Republikführer Tschetscheniens wird von einer Mehrheit der Staatsbürger Russlands als erfolgreicher und patriotischer Führer wahrgenommen, der die Sicherheit und Entwicklung seiner Republik im Bestand Russlands garantiert. Kritische Einwände an die Adresse Ramsan Kadyrows finden kaum noch Widerhall im Massenbewusstsein.«<sup>48</sup>

In seinem Machtbereich fährt Kadyrow mit harter Hand einen religions- und kulturpolitischen Kurs unter dem Motto »Zurück zur tschetschenischen Tradition«. Der »Kadyrowismus« schlägt dabei Brücken zwischen unterschiedlichen, darunter früher verfeindeten Gruppen, die »tschetschenische Identität« interpretieren: Traditionalisten, die das seit Jahrhunderten geltende Gewohnheitsrecht (Adat) und seine Normen in einer Stammesgesellschaft wiederbeleben wollen, islamische Puristen, welche nur die Scharia als Rechtssystem gelten lassen, Nationalisten, die auf die Souveränität Tschetscheniens bestehen und sich auf die Tradition anticolonialen Widerstands berufen, und Autonomisten, die ein selbstbestimmtes Tschetschenien innerhalb der Großmacht Russland bevorzugen.<sup>49</sup> Dabei präsentiert sich Ramsan Kadyrow als nationaler und religiöser Führer, als Verbindungsmann zwischen Russland und der islamischen Außenwelt, als Symbol tschetschenischer Selbstbestimmung und gleichzeitig als Garant für die Zugehörigkeit der Republik zu Russland, als aktiver Kämpfer gegen Terrorismus und religiösen Extremismus, der sich allerdings selbst gewalt-

samer Methoden bedient und seiner Gesellschaft strenge religiöse Vorschriften macht.

In der Religionspolitik lässt sich diese Ambivalenz besonders gut beobachten. *Einerseits* unterstreicht Kadyrow die Nähe islamischer Moral und Tradition zu Russlands christlich-orthodoxem Traditionalismus und ist bemüht, diese Verbindung vehement von »westlicher Dekadenz, Gottlosigkeit, Traditions- und Familienfeindlichkeit« abzugrenzen. Hier kommt er seinem Patron Putin nahe, der in seiner dritten Amtsperiode als Präsident seit 2012 den russländischen Patriotismus zunehmend mit Hinweisen auf traditionelle Werte untermauert und ihre Bedeutung für Russlands Sicherheit und Stabilität hervorhebt.<sup>50</sup> Kadyrow unterstützt das in die nationale Sicherheitsdoktrin Russlands eingeführte Konzept der »spirituellen Sicherheit«, das eine besondere »russländische Zivilisation« zum Objekt der Verteidigung gegen Einmischung von außen erhebt.<sup>51</sup> Er unterhält Kontakte zum Patriarchen Kirill und eröffnete neue russisch-orthodoxe Kirchen auf dem Territorium Tschetscheniens, obwohl dort der ethnisch russische Bevölkerungsteil auf eine winzige Minderheit geschrumpft ist. Zugleich unterstützt Kadyrow ultrakonservative Kräfte in Moskau wie die Parlamentsabgeordnete Natalja Pklonskaja und orthodoxe Hardliner, die selbst dem Patriarchat suspekt sind. Dazu zählen jene Gruppen, die 2017 eine Kampagne gegen den Film »Matilda« inszenierten. Er thematisiert eine Liebesaffäre des Zaren Nikolaus II. mit einer Ballett-Tänzerin und verletzt damit angeblich die religiösen Gefühle der »echten Russen«.

Gegenüber nichttraditionellen Glaubensgemeinschaften verfolgt Tschetschenien ebenso wie Moskau eine repressive Politik. In Russland wurde im Juli 2016 ein Gesetz verabschiedet, mit dem missionarische Aktivitäten nichtorthodoxer, nichttraditioneller Konfessionen unter Terrorverdacht gestellt werden. 2017 wurden dort besonders Zeugen Jehovas als »religiöse Extremisten« kriminalisiert. Ähnlich wird in Tschetschenien das Attribut »nichttraditionell« benutzt, um unerwünschte religiöse Aktivitäten zu dämonisieren.

47 »Russia: Chechnya Media Highlights 31 July–6 August 2017«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 7.8.2017; *Grozny-Inform*, 21.10.2017. Zu den Auslandsaktivitäten Kadyrows und seines Sondergesandten Sabsazi siehe das Kapitel »Tschetschenien als grenzüberschreitender Akteur« in dieser Studie.

48 »Ramzan Kadyrov: Portret Politika«, Pressemitteilung Nr. 3372, *VCIOM*, 12.5.2017, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116195>>.

49 Siehe dazu besonders Marlène Laruelle, *Kadyrovism: Hardline Islam as a Tool of the Kremlin?*, Paris/Brüssel: Institut français des relations internationales (Ifri), März 2017 (Russie.Nei.Visions Nr. 99), S. 9.

50 Siehe hierzu Irina du Quenoy, »Russia: The Stability Implications of State Policies Toward Religion and the Russian Orthodox Church«, in: Katya Migacheva/Bryan Frederick (Hg.), *Religion, Conflict, and Stability in the Former Soviet Union*, Santa Monica: Rand Corporation, 2018, S. 159–180 (171–175).

51 Siehe hierzu Veera Laine/Iiris Saarelainen, *Spirituality as a Political Instrument. The Church, the Kremlin, and the Creation of the »Russian World«*, Helsinki: Finnish Institute of International Affairs (FIIA), September 2017 (Working Paper).

Im Einklang mit den Ideen seines Vaters Achmat fordert Ramsan Kadyrow einen »traditionellen Islam« und beruft sich dabei, so Marlène Laruelle, auf eine »oftmals groteske Reinterpretation sufistischer Tradition«. <sup>52</sup> Wurde die Pilgerschaft zu den Gräbern lokaler Heiliger und Sufi-Führer in sowjetischer Zeit als Ausdruck nationalreligiöser Folklore geduldet, wird sie nun bewusst wiederbelebt. Im Mittelpunkt steht das Grab Kunta-Hadschi Kischijews, der zur Lichtgestalt der tschetschenischen Religionsgeschichte erhöht wird. Dieser Führer des Qadiriyya-Ordens hatte sich im 19. Jahrhundert gegen Imam Schamils Aufruf zum Kampf gegen die russische Armee »bis zum letzten Mann« gewandt und ihm die Rückkehr zur religiösen Kontemplation entgegengesetzt.

Andererseits hat Kadyrow rigide Verhaltensnormen verfügt, die auch dem kulturellen Repertoire des bekämpften Gegners im islamistisch-salafistischen Untergrund entlehnt sein könnten. Im Mittelpunkt dieser Politik stehen Vorschriften, beispielsweise zu Bekleidung, die in besonderem Maße die Persönlichkeitsrechte von Frauen einschränken. Bereits 2006 startete er als Premierminister eine »Sittenkampagne«, die eine Kopftuchpflicht sowie generelle Bekleidungs-vorschriften für Frauen, die Billigung islamischer Polygamie und die Rechtfertigung von »Ehrenmord« zum Inhalt hatte. Alkoholkonsum unterliegt strikter Kontrolle, westliche Musik ist seit 2008 aus lokalen Fernsehsendern verbannt und Liberalität gegenüber sexuellen Minderheiten (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, LGBT), deren Existenz in Tschetschenien schlicht geleugnet wird, gilt als Ausdruck »westlicher Dekadenz«. <sup>53</sup>

In überspitzter Form kritisierte Ilja Jaschin, ein Mitstreiter des ermordeten Oppositionspolitikers Boris Nemzow, in einem Vortrag vom Februar 2016 die »Islamisierung von oben« in Tschetschenien: »Nur wenige bemerken, dass sich auf dem Territorium Russlands in den letzten Jahren unser eigener lokaler Islamischer Staat formiert hat. Ein »tschetschenisches Kalifat« waltet da nach seinen eigenen Traditionen und Gesetzen und erhält dabei milliardenschwere Subventionen aus dem föderalen Haushalt. Der Führer Tschetscheniens, Ramsan Kadyrow, schwelgt im Luxus und betreibt eine Politik, in der einige Normen der Scharia

die Oberhand über die Gesetze Russlands gewonnen haben, und er baut seine militärische Macht aus.« <sup>54</sup>

Mit einigen kultur- und geschichtspolitischen Maßnahmen, die tschetschenischen Nationalismus in russländischen Patriotismus integrieren sollen, hat Kadyrow allerdings in der eigenen Bevölkerung auch Irritation hervorgerufen. In Anlehnung an die vom Kreml betriebene Geschichtspolitik erklärte er 2011 den 23. Februar zum nationalen Feiertag. In Russland steht dieses Datum für den »Tag des Verteidigers des Vaterlands«, an dem die Streitkräfte gefeiert werden. Tschetschenen verbinden damit aber ein anderes Ereignis. Am 23. Februar 1944 begann unter dem Terrorregime Stalins die Deportation von Hunderttausenden Tschetschenen und Inguschen nach Kasachstan. Ein großer Teil der Deportierten kam bereits auf dem Weg dorthin ums Leben. Die diesem historischen Trauma gewidmete Trauerfeier verlegte Kadyrow auf den 10. Mai, den Todestag seines Vaters Achmat. Obendrein stellte er die Bedeutung des Gedenkens an die Deportation mit verwirrenden Bemerkungen in Frage. So seien die Deportierten zum Teil selbst schuld an ihrem Schicksal gewesen. <sup>55</sup>

<sup>52</sup> Laruelle, *Kadyrovism* [wie Fn. 49], S. 20.

<sup>53</sup> Siehe das Kapitel »Menschenrechtsverletzungen« in dieser Studie.

<sup>54</sup> Jašin, *Ugroza nacional'noj bezopasnosti* [wie Fn. 28]

<sup>55</sup> »Žiteli Čečni ne soglasny vosprinimat' 23 Fevral'ja kak prazdnik« [Die Einwohner Tschetscheniens sind nicht mit dem 23. Februar als Feiertag einverstanden], in: *Kavkazskij Uzel*, 23.2.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/298193/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/298193/)>.

## Konflikte zwischen Kadyrow und russischen Sicherheitsdiensten

Einige Sicherheitsleute (siloviki) in der Umgebung Putins, vor allem innerhalb des Inlandsgeheimdienstes FSB, haben in den letzten Jahren kritisiert, dass in Tschetschenien Gesetzlosigkeit herrsche und Ermittlungen föderaler Behörden in der Teilrepublik vereitelt würden.<sup>56</sup> So waren 2013 einige FSB-Offiziere aus Protest in den Hungerstreik getreten, nachdem drei tschetschenische Polizisten aus der Haft entlassen worden waren, die einen Einwohner Moskaus entführt und gefoltert haben sollen.<sup>57</sup> Im April 2015 verfolgte die Stawropoler Polizei in Grosny einen Tschetschenen, der auf einer Fahndungsliste stand, informierte die tschetschenischen Behörden aber nicht über diesen Einsatz. Daraufhin autorisierte Kadyrow seinen Sicherheitsapparat, auf jeden zu schießen, der ohne Erlaubnis der lokalen Behörden auf dem Territorium der Republik operiere. Tschetschenische Repräsentanten in der Staatsduma und im Föderationsrat in Moskau unterstützten ihren Landesfürsten und bezichtigten das russische Innenministerium der Provokation gegenüber der Teilrepublik. Das Ministerium rechtfertigte jedoch den Einsatz der Polizei aus Stawropol, woraufhin Kadyrow zurückruderte und signalisierte, es gebe keinen Konflikt. »Ich bin ein Mann des Kremls, ich bin Putins Mann, ich bin ein Diener des Volkes.«<sup>58</sup>

Kommentatoren, die dem persönlichen Treueverhältnis zwischen Präsident Putin und seinem »Fußsoldaten« in Tschetschenien skeptisch gegenüberstehen, verwiesen indes auf eine Reihe von Mordanschlägen, die auf Kritiker und Gegner Kadyrows verübt und von russischen Rechtsschutzorganen nie aufgeklärt wurden. Dazu zählten die Morde an der Journalistin Anna Politkowskaja 2006, der Menschenrechtsaktivis-

tin Natalja Estemirowa 2009 sowie an Ruslan Jama-dajew, der 2008 mitten in Moskau in seinem Wagen erschossen wurde. Hinzu kamen Attentate im Ausland, so jenes auf Sulim Jamadajew, der 2009 in Dubai getötet wurde. Die Brüder Jamadajew gehörten zu Kadyrows erbittertsten Rivalen. Ein ehemaliger Leibwächter Kadyrows, Umar Israilow, der von Menschenrechtsverletzungen berichtet hatte, wurde 2009 in Wien ermordet, wohin er mit seiner Familie geflohen war. »Der FSB hasst Ramsan, weil man ihn nicht kontrollieren kann«, meint Alexei Malaschenko vom Carnegie Moscow Center. »Er macht, was er will, auch in Moskau. Niemand kann Leute aus seinem Team verhaften, wenn es darüber keine Abstimmung mit Putin gibt.«<sup>59</sup> Auch der prominente russische Oppositionspolitiker Boris Nemzow schloss sich dieser Kritik an.

Die aufsehenerregendste Episode in dieser Auseinandersetzung bildeten die Ereignisse um den Mord an Nemzow, der am 27. Februar 2015 in der Nähe des Moskauer Kreml erschossen wurde. Bei diesem Anschlag wiesen Spuren nach Tschetschenien. Kurz nach der Tat wurden fünf Tschetschenen verhaftet und ein anderer, der Widerstand leistete, erschossen. Kadyrow verteidigte die Verdächtigen auf Instagram und machte »Feinde Russlands« als Drahtzieher des Mordes aus. Einen der Hauptverdächtigen bezeichnete er auf seiner Website als »wahren Patrioten«. Überdies wurde Ruslan Geremejew, den Moskau als Hintermann des Anschlags verdächtigte, in Tschetschenien dem Zugriff der Ermittler entzogen. Angeblich steht er in enger Verbindung zu Kadyrows wichtigstem Verbündeten und Verwandten in Moskau, dem Duma-Abgeordneten Adam Delimchanow. Angesichts dieser Geschehnisse überraschte umso mehr, dass dem Republikführer nur wenige Tage nach dem Attentat auf Nemzow zwei Orden verliehen wurden. Am 9. März erhielt er von Präsident Putin den Orden der Ehre, die höchste staatliche Auszeichnung Russlands, und am 16. März von Behörden der ein Jahr zuvor annektierten Krim die Medaille für Treue und Pflichterfüllung.

<sup>56</sup> Dazu Alexei Malaschenko vom Carnegie Moscow Center, einer der bekanntesten russischen Kaukasusexperten: »From what I can see, there has always been friction between Kadyrov and the federal forces, because Kadyrov only answers to Putin. This has irked people, especially since Putin awarded him the Order of Honor.« Zitiert in Ivan Nechepurenko, »Nemtsov Probe Exposes Widening Rift between Kadyrov, FSB«, in: *The Moscow Times*, 11.3.2015.

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> Mairbek Vatchagaev, »Why Kadyrov Has Fought with Bastrykin«, in: *North Caucasus Weekly*, 30.4.2015, <<https://jamestown.org/program/why-kadyrov-has-fought-with-bastrykin/>>.

<sup>59</sup> Zitiert in David M. Herszenhorn, »In Murder Intrigue, a Chechen Strongman Fiercely Loyal to Putin«, in: *The New York Times*, 20.3.2015.

Am 14. Juli 2017 fällte das Moskauer Militärbezirksgericht seine Entscheidung im Fall Nemzow. Es verurteilte die fünf Tschetschenen zu langjährigen Haftstrafen und wertete die Tat als Auftragsmord. Hintermänner und Auftraggeber blieben dagegen ebenso im dunkeln wie das Mordmotiv. Einer in Tschetschenien populären Erklärung zufolge sei der mutmaßliche Todesschütze Zaur Dadajew ein tiefreligiöser Mensch, der sich über die Prophetenkarikaturen der französischen Satirezeitschrift Charlie Hebdo und die Verteidiger der Meinungsfreiheit nach dem Terroranschlag auf die Redaktion dieser Zeitschrift vom Januar 2015 ereifert habe. Ungewiss blieb indes, welche Aussagen Nemzows in diesem Zusammenhang das Mordmotiv geliefert haben sollen. Sein Mitstreiter Ilja Jaschin stellte klar, Nemzow habe »nie ein schlechtes Wort über den Islam gesagt« und nur Terroristen kritisiert.<sup>60</sup> Auch etliche Menschenrechtsaktivisten bezweifelten, dass die Beweislage für die Verurteilung der fünf Angeklagten ausgereicht habe. Angeblich wurden sie in der Haft misshandelt und widerriefen später ihre Geständnisse.

<sup>60</sup> Friedrich Schmidt, »Ein passendes Geständnis«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.3.2015, S. 5.

## Menschenrechtsverletzungen

Europäische Institutionen und internationale Menschenrechtsorganisationen schätzen die Situation der Bürger- und Menschenrechte in Russland insgesamt als problematisch ein. Das gilt etwa für den Jahresbericht »Human Rights and Democracy 2016« der Europäischen Union vom Oktober 2017, den Russlands Außenministerium erwartungsgemäß als »nicht objektiv« und »russophob« zurückwies.<sup>61</sup> In Berichten internationaler Organisationen über die Menschenrechtslage in der Russischen Föderation und speziell im Nordkaukasus wird Tschetschenien besonders hervorgehoben.<sup>62</sup> Seit dort Ramsan Kadyrow herrscht, wird die systematische Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen unterbunden. In Tschetschenien wurden 2009 zwei prominente Menschenrechtsaktivistinnen ermordet: die international bekannte, für die Nichtregierungsorganisation Memorial arbeitende Natalja Estemirowa und Sarema Sadulajewa von der humanitären Organisation »Rettet die nächste Generation«. Dementsprechend undurchsichtig ist die Informationslage zu staatlichen Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen. Die spärlichen Informationen stammen von Betroffenen, die sich an das Internetportal Kavkazskij Uzel (Kaukasischer Knoten) oder an Organisationen wie Memorial wenden.<sup>63</sup>

Zu den häufigsten Menschenrechtsverletzungen gehören das »Verschwindenlassen« mutmaßlicher Angehöriger des bewaffneten Untergrunds und deren Verwandter, Folter in Haftanstalten und an geheimen Orten, willkürliche Gewalt gegen Kadyrows Widersacher und deren Verfolgung im Ausland sowie massive Verstöße gegen die Rechte von Frauen. In den Jahren 1999 bis 2017 verschwanden rund 3000 Personen in Tschetschenien spurlos. Von Januar bis Oktober 2017 zeigten in 43 Fällen Angehörige die Entführung

von Verwandten an.<sup>64</sup> Während in Dagestan und Inguschetien Menschenrechtsorganisationen aktiv sind und die Familien entführter Personen Hilfe meist bei lokalen Rechtsschutzorganen suchen, wagt es die Bevölkerung in Tschetschenien nur selten, wegen des Verschwindens von Angehörigen Anzeige zu erstatten. Die Menschenrechtsbeauftragte der Russischen Föderation, Tatjana Moskalkowa, reiste 2017 nach Tschetschenien, konnte aber über Fälle von Entführung kaum verlässliche Informationen erlangen.

Im März 2017 wurde über eine Welle der Verfolgung von Homosexuellen in der Kadyrow-Republik berichtet. Hunderte Personen wurden verhaftet, einige ermordet. Keiner der Verhafteten hatte sich öffentlich zu seiner Homosexualität bekannt. Doch in einer Gesellschaft mit engen Familienverbindungen innerhalb von Dorf- und Sippengemeinschaften kann ein Einzelner seine von traditionellen Normen abweichende sexuelle Orientierung kaum verbergen. Laut der russischen Zeitung Nowaja Gaseta handelte es sich um eine »prophylaktische Säuberung«, nachdem Vertreter der russischen LGBT-Gemeinde an vier Orten im Nordkaukasus die Genehmigung für eine Demonstration für die Rechte sexueller Minderheiten beantragt hatten. Ein Sprecher Kadyrows dementierte die Berichte: Man könne keine Leute festnehmen, die es in der Republik gar nicht gebe. Wenn es solche Leute in Tschetschenien gäbe, würden die eigenen Verwandten sie an Orte schicken, von denen sie niemals zurückkehren könnten.<sup>65</sup> Ähnlich äußerte sich Kadyrow zum Fall des tschetschenischen Sängers Selimchan Bakajew, der 2017 spurlos verschwand, wofür einige Quellen staatliche Organe verantwortlich machten. Er sei wohl homosexuell gewesen und deshalb von seinen Verwandten oder von Männern seines Dorfes getötet worden,

<sup>61</sup> »Moscow Condemns ›Russophobic‹ EU Rights Report«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet Union Political File*, 27.10.2017.

<sup>62</sup> Siehe z.B. Manarsha Isaeva/Sergej Prokopkin/Sarah Reinke, *Die Menschenrechtslage in den nordkaukasischen Republiken Dagestan, Tschetschenien und Inguschetien*, Göttingen: Gesellschaft für bedrohte Völker, November 2012 (Menschenrechtsreport Nr. 68).

<sup>63</sup> Ebd., S. 21.

<sup>64</sup> »Pochiščeniya ljudej v Čečne prinjali sistemnyj charakter« [Die Entführung von Menschen in Tschetschenien hat Systemcharakter angenommen], in: *Kavkazskij Uzel*, 27.10.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/311657/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/311657/)>.

<sup>65</sup> Andrew E. Kramer, »Gay Men in Chechnya Are Killed, Paper Says«, in: *The New York Times*, 2.4.2017; »Hundreds« Detained for Homosexuality in Chechnya«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet Union Political File*, 1.4.2017.

meinte Kadyrow bei einem Treffen mit Vertretern lokaler Behörden im Januar 2018.<sup>66</sup>

Angeblich errichteten die tschetschenischen Sicherheitsorgane an mindestens zwei Orten geheime Gefängnisse für »Personen nichttraditioneller sexueller Orientierung«. Russische Journalisten berichteten kritisch über Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen in Tschetschenien und wurden dafür von den dortigen Machträgern bedroht. Der Mufti der Republik, Salah Meschijew, und ein Abgeordneter des tschetschenischen Parlaments verlangten, die Journalisten zur Verantwortung zu ziehen. Dschambulat Umarow, Minister für Nationalitätenpolitik, auswärtige Beziehungen, Presse und Information, bezeichnete die Berichterstattung als »Beleidigung des tschetschenischen Volkes« und forderte die Journalisten auf, offiziell um Entschuldigung zu bitten. Daraufhin stellten sich mehr als 60 Schriftsteller Russlands, darunter weltbekannte Autoren wie Ljudmila Ulitzkaja und Wladimir Woinowitsch, hinter die Journalisten und richteten einen Appell an die Rechtsschutzorgane ihres Landes, auf die Drohungen aus Tschetschenien zu reagieren.<sup>67</sup> Von all den gravierenden Menschenrechtsverletzungen unter der Gewaltherrschaft Kadyrows schlug dieses Ereignis die höchsten Wellen auf internationaler Bühne. Die Außenminister von fünf Staaten drückten in einem Brief an ihren russischen Amtskollegen Sergej Lawrow Besorgnis aus. Auch der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, und die OSZE übten Kritik an Menschenrechtsverletzungen gegenüber sexuellen Minderheiten in Russland und besonders in Tschetschenien.<sup>68</sup> Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel brachte diese Missstände bei ihrem Treffen mit Präsident Putin Anfang Mai 2017 zur Sprache.<sup>69</sup> Angesichts dieser Proteste ließ Moskau

erstmalig Anschuldigungen gegen tschetschenische Sicherheitskräfte überprüfen. Ein für den Nordkaukasus zuständiges Ermittlungskomitee stieß aber auf Widerstand bei den tschetschenischen Behörden.<sup>70</sup> Der Menschenrechts-Ombudsmann Tschetscheniens beharrte in seinen Ausführungen vom 23. Mai 2017 darauf, Homosexualität existiere in der Republik nicht. All der Streit um die angebliche Verfolgung Homosexueller sei das Resultat einer Verschwörung ausländischer Mächte, mit der die tschetschenische Gesellschaft untergraben werden solle.<sup>71</sup> Seine Amtskollegin in Moskau, Tatjana Moskalkowa, wies darauf hin, sie habe noch keine Hilfsgesuche von Opfern erhalten, und stellte klar, dass den Familien der Opfer maximaler Schutz garantiert werden müsse. Das sei die Voraussetzung dafür, dass ernsthafte Ermittlungen in Tschetschenien überhaupt erst stattfinden könnten.<sup>72</sup>

Zu Beginn des Jahres 2018 wurde die prekäre Menschenrechtslage in Tschetschenien abermals zum Thema für internationale Politik. Im Januar wurde der Menschenrechtsaktivist Ojub Titijew, der seit dem Mord an Natalja Estemirowa das Büro der Organisation Memorial in Grosny leitet, unter dem Vorwurf angeblichen Drogenbesitzes verhaftet. Auf diesen Vorwand greift das Regime gerne zurück, um Kritiker hinter Gitter zu bringen. Wegen angeblichen Heroinbesitzes verhängte 2014 ein Gericht vier Jahre Haft über den Aktivisten Ruslan Kutajew. Er hatte gegen den Willen Kadyrows eine Konferenz zum 70. Jahrestag der Deportation von Tschetschenen und Inguschen organisiert. Ein Journalist des Internet-Portals Kavkazskij Uzel (Kaukasischer Knoten), der kritisch über das Kadyrow-Regime berichtete, wurde 2016 wegen angeblichen Besitzes von Marihuana zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die deutsche Regierung, der Europarat und die EU äußerten sich besorgt über den erneuten staatlichen Eingriff in die Berichterstattung über Menschenrechte in der Kaukasusrepublik. Das Außenministerium in Washington bezeichnete Titijews Verhaftung als »the latest in a string of reports of alarming recent human rights violations in Chechnya«.<sup>73</sup> Zuvor hatte die US-

<sup>66</sup> »Chechen Leader Defends Detention of Rights Activist«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 18.1.2018.

<sup>67</sup> »Pisatelji prizvali k rassledovaniju ozvučennyh v Čečne ugroz žurnalistam« [Schriftsteller fordern dazu auf, die aus Tschetschenien kommende Bedrohung von Journalisten zu untersuchen], in: *Kavkazskij Uzel*, 17.4.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/301165/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/301165/)>.

<sup>68</sup> »Glava Evroparlamenta prizval vlasti Čečni projasnit situaciju s gejami« [Der Präsident des Europäischen Parlaments forderte die Behörden Tschetscheniens auf, Stellung zur Situation der Homosexuellen zu beziehen], in: *Kavkazskij Uzel*, 6.4.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/300533/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/300533/)>.

<sup>69</sup> »Merkel' poprosila Putina zaščitit' prava men'sinstv« [Merkel bat Putin, die Rechte von Minderheiten zu schützen], in: *Kavkazskij Uzel*, 2.5.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/302040/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/302040/)>.

<sup>70</sup> Ann-Dorit Boy, »Tschetscheniens Polizei sabotiert Untersuchung«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 26.5.2017.

<sup>71</sup> »Chechen Ombudsman Rejects Gay Abuse Allegations«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 23.5.2017.

<sup>72</sup> Boy, »Tschetscheniens Polizei sabotiert Untersuchung« [wie Fn. 70].

<sup>73</sup> Zitiert in Sophia Kishkovsky, »Chechen Arrest Reflects

Regierung im Dezember 2017 den Republikführer Kadyrow der Sanktionsliste des Magnitski-Gesetzes hinzugefügt und als Grund dafür diverse Menschenrechtsverletzungen in seinem Herrschaftsbereich angegeben. Kadyrow reagierte auf diese internationale Kritik, indem er die Memorial-Mitarbeiter als von den USA gesteuerte Unruhestifter verunglimpfte sowie Menschenrechtler allgemein als Personen »ohne Familie, Nation und Religion« und als »Volksfeinde« diffamierte.<sup>74</sup> Die Sorge über die Menschenrechtssituation in Tschetschenien und im Nordkaukasus allgemein wuchs, als kurz nach dieser Reaktion Kadyrows in der Nachbarrepublik Inguschetien ein Brandanschlag auf das Memorial-Büro in der Stadt Nasran verübt wurde. Bis dato hatten Menschenrechtsaktivisten dort nicht solche Probleme mit den Behörden gehabt wie in Tschetschenien. Auch in der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala waren Attacken auf Memorial zu verzeichnen. Das nährte Spekulationen darüber, dass die Repressionen der Kadyrowzy über die Grenzen Tschetscheniens hinauslangen.<sup>75</sup> Generell stehen Menschenrechtsorganisationen wie Memorial in Russland derzeit verstärkt unter Druck.

Crackdown, Activists Say«, in: *The New York Times*, 11.1.2018.

**74** Zitiert in Benjamin Triebe, »Offensive gegen Bürgerrechtler in Tschetschenien«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 22.1.2018; »Evrosojuz osudil presledovanie PC »Memorial« na Severnom Kavkaze« [Die Europäische Union verurteilte die Verfolgung des Menschenrechtszentrums Memorial im Nordkaukasus], in: *Kavkazskij Uzel*, 19.1.2018, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/315346/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/315346/)>.

**75** Siehe das Kapitel »Tschetschenien als grenzüberschreitender Akteur« in dieser Studie.



## Wiederaufbau und Wirtschaftsaufschwung oder Stabilitätsfassade?

Das sichtbarste Zeichen für Veränderungen in Tschetschenien in den letzten zehn Jahren ist das äußere Erscheinungsbild der Hauptstadt Grosny. Mit Prachtstraßen wie dem Putin-Boulevard und Modernisierungssinseln wie den Hochhaustürmen von »Grosny City« mit Luxushotels und -geschäften bietet es heute maximalen Kontrast zu der in Schutt und Asche gelegten Stadt nach dem Ende der massiven Kriegshandlungen. Wie in einigen anderen kaukasischen Metropolen täuscht diese Boom-Fassade allerdings über sozioökonomische Realitäten in dem betreffenden Land oder Landesteil hinweg. Im Falle Tschetschenien wird auf diese Weise auch kaschiert, dass der hier zur Schau gestellte Aufschwung weniger aus eigener Wirtschaftskraft finanziert wurde, sondern durch Mittel, die aus dem föderalen Haushalt in die Republik flossen.

Im Mai 2004 hatte Präsident Putin Grosny besucht, um der Bestattung des ermordeten Republikführers Achmat Kadyrow beizuwohnen. Damals äußerte er sich entsetzt über das Ausmaß der Verwüstung in der Stadt. Rund 154 000 Häuser und Wohnungen in Tschetschenien waren völlig oder weitgehend zerstört. In Grosny betraf dies 70 Prozent aller Wohnungen und Häuser.<sup>76</sup> Ein Jahr zuvor hatten die Vereinten Nationen Grosny als die weltweit am stärksten zerstörte Stadt bezeichnet. Zu diesem Zeitpunkt war Tschetschenien die schwächste Wirtschaftsregion in der gesamten Russischen Föderation. 14 Jahre später, im Oktober 2017, pries Ramsan Kadyrow bei einer Zeremonie zum »Tag der Stadt Grosny« überschwänglich den Wiederaufbau. Grosny sei ein Ruhmesblatt für den gesamten Nordkaukasus, seine Schönheit würde in aller Welt gelobt. Scharen von Touristen kämen hierhin. Auch in der zweitgrößten Stadt Tschetscheniens, in Gudermes, hat sich ein bemerkenswerter Wiederaufbau vollzogen. Wie stark der Kontrast zum einst vom Krieg verheerten Tschetschenien ist, sollen nun auch aufwendige Tourismus-Projekte symbolisieren. So wird in einer der vor 15 Jahren am heftigsten umkämpften Berg-

regionen das Ski-Zentrum Wjedutschki aufgebaut, dessen Kosten bis zu 500 Millionen Dollar betragen könnten.<sup>77</sup>

Als Ramsan Kadyrow an die Macht kam, lag die Arbeitslosigkeit in Tschetschenien bei über 70 Prozent. Bis Ende 2014 wurde sie angeblich auf 21,5 Prozent reduziert, wobei die statistischen Angaben aus Tschetschenien höchst fragwürdig sind.<sup>78</sup> Grundsätzlich gilt das für sämtliche sozioökonomischen Daten aus dem Nordkaukasus, wie zuletzt im Oktober 2017 Natalja Subarjewitsch betonte, eine Expertin für Wirtschaftsentwicklung in den Regionen Russlands. Anlass für diese Feststellung war, dass zahlreiche Gouverneure und Vertreter der regionalen Machteliten in diesem Landesteil Russlands wegen der schwachen Wirtschaftsleistung abgesetzt worden waren.<sup>79</sup> Schon aufgrund der ausufernden Schattenwirtschaft, so Subarjewitsch, seien solche Daten unzuverlässig.

Am 19. April 2017 empfing Präsident Putin Kadyrow im Kreml. Dabei hob der Republikführer eine Reihe sozioökonomischer Erfolge hervor. Dekrete, die Putin im Mai 2012 zur Entwicklung in Tschetschenien erlassen hatte, seien umgesetzt worden. Die Arbeitslosigkeit sei bereits auf 9,2 Prozent gesunken, Arbeitslöhne würden regelmäßig bezahlt und Vorschulbildung für Kinder stehe nun zu 100 Prozent zur Verfügung.<sup>80</sup>

Auch wenn das Kadyrow-Regime auf Eigenständigkeit pocht, hängt Tschetscheniens Wirtschaft zum einen weitgehend von Russland ab, zum anderen von der lokalen Machtelite und den lokalen Staatsorganen. Ein privat- und marktwirtschaftlicher Sektor, der

<sup>76</sup> Musa Basnukaev, »Reconstruction in Chechnya: At the Intersection between Politics and the Economy«, in: Anne le Huérou u.a. (Hg.), *Chechnya at War and Beyond*, New York: Routledge, 2014, S. 76.

<sup>77</sup> Andrew E. Kramer, »Where Islamists Reigned, a Ski Resort Rises«, in: *The New York Times*, 1.2.2018.

<sup>78</sup> Hannah Salyers Kibler, *Ramzan Kadyrov: Russia's Vanguard of Security or Long-Term Liability?*, Tallahassee: Florida State University, College of Social Sciences and Public Policy, 2016, S. 52.

<sup>79</sup> »Zubarevič: dlja serii otstavok na Severnom Kavkaze net ekonomičeskich osnovanij« [Subarjewitsch: Für die Welle von Entlassungen im Nordkaukasus gibt es keine ökonomischen Gründe], in: *Kavkazskij Uzel*, 6.10.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/310642](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/310642)>.

<sup>80</sup> »Russia: Chechnya Media Highlights 17–23 April 2017«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 27.4.2017.

diesen Namen verdient, ist hier kaum zu finden.<sup>81</sup> Der Wirtschaftsminister in Grosny hält dem entgegen, dass Tschetschenien ein günstiges Investitionsklima geschaffen habe und im Jahr 2014 private Investitionen 79 Prozent der Gesamtinvestitionen in der Republik ausgemacht hätten. Unabhängige Beobachter, darunter Wirtschaftswissenschaftler der Tschetschenischen Staatsuniversität, sind aber skeptisch. Im privaten Sektor gebe es kaum Arbeitsplätze, sondern fast nur im Staatsapparat und in der Verwaltung. Und dort sind die Gehälter äußerst niedrig, abgesehen von den höheren Rängen in den Sicherheitsorganen. Eine der wenigen Ausnahmen bildet der Rodina-Komplex, in den der tschetschenische Oligarch Abubakar Arsamakow investiert hat. Der Komplex umfasst größere landwirtschaftliche Betriebe und Gärtnereien, für die brachliegendes, teilweise minenverseuchtes Land urbar gemacht wurde.<sup>82</sup> Ausländische Investitionen, mit deren Hilfe Grosny aufgepäppelt wurde und zu seinen Prachtfassaden kam, stammten zum Teil aus den Vereinten Arabischen Emiraten, mit denen das Regime enge Beziehungen pflegt. Außerdem flossen Mittel aus einem von Ramsan Kadyrow geschaffenen Fonds, der den Namen seines Vaters trägt und von seiner Mutter verwaltet wird. Der Achmat-Kadyrow-Fonds speist sich aus Abgaben, die in einem »parallelen Steuersystem« requiriert und Staatsangestellten von ihren Gehältern abgezogen werden.<sup>83</sup>

Schon in sowjetischer Zeit war der Haushalt der autonomen Republik, die damals Tschetschenien und Inguschetien umfasste, zu über 50 Prozent von Zuwendungen aus Moskau abhängig. In nachsowjetischer Zeit stieg dieser Anteil auf mehr als 80 Prozent. Diese hohe Abhängigkeit kennzeichnet eine Reihe weiterer Föderationssubjekte Russlands nicht nur im Nordkaukasus, sondern auch in anderen Landesteilen. Unter dem Dach eines 2002 gestarteten föderalen Programms sorgte Moskau mit üppigen Zahlungen aus dem Bundeshaushalt für den Wiederaufbau von Häusern, Schulen, Krankenhäusern und Straßen im kriegszerstörten Tschetschenien. Auch nach dem Ende dieses Programms 2012 gewährte Moskau noch reichliche Zuwendungen, gab aber nun zu verstehen, dass

die Republik ihre Wirtschaft künftig stärker aus eigener Kraft entwickeln müsse. Dabei hatte sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgezeichnet, dass Russland in eine von sinkenden Ölpreisen, Sanktionen und anderen Faktoren getriebene Wirtschaftskrise schlittern würde.<sup>84</sup>

**81** Kathrin Hille, »Chechnya's Economic Recovery Tested by Slowdown«, in: *Financial Times*, 28.4.2015, <[www.ft.com/content/8233d33c-ecd0-11e4-a81a-00144feab7de](http://www.ft.com/content/8233d33c-ecd0-11e4-a81a-00144feab7de)>.

**82** Kibler [wie Fn. 78], S. 64.

**83** Ausführlich dazu »Fond Kadyrova: kak tratjat dengi ot Allaha« [Der Kadyrow-Fonds: Wie man das »Geld Allahs« ausgibt], in: *Kavkazskij Uzel*, 6.10.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/310518/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/310518/)>.

**84** »Against a troubled economic backdrop, the federal authorities are less and less apt to give in to Grozny's extravagant financial demands. The republic's restoration programme drew to a close in 2012, for instance, whereas Kadyrov hoped that it would continue until 2017: instead of \$3 billion, Chechnya has had to make do with \$350 million.« Laruelle, *Kadyrovism* [wie Fn. 49], S. 8.

## Tschetschenien als grenzüberschreitender Akteur

Kadyrows Politik macht vor den Grenzen seiner Republik nicht halt. Das betrifft zunächst die unmittelbare Nachbarschaft in der Russischen Föderation, und zwar in Form von Grenzstreitigkeiten mit Dagestan und Inguschetien. Die Republikführung erhob Ansprüche auf Gebiete in Nachbarregionen, die vor der Deportation von 1944 zu Tschetschenien gehört hatten. Ein Zusammenstoß zwischen tschetschenischen und inguschischen Behörden ereignete sich 2012, als tschetschenische Sicherheitskräfte eine Spezialoperation in dem inguschischen Dorf Galaschki durchführten. Im August 2012 kritisierte Kadyrow seinen Amtskollegen in Inguschetien, Junus Bek Jewkurow, weil der den Terrorismus in seinem Machtbereich nicht energisch genug bekämpfe: »Wenn Jewkurow dort nicht für Ordnung sorgen kann, müssen wir das tun. Bei ihm ist kein Interesse daran zu erkennen. Oder wie soll man seine Worte deuten, dass er die Terroristen nicht als Banditen bezeichnen will? Als wären das junge Leute, die sich verirrt haben. Für uns sind das Banditen, Terroristen, Satane, Feinde des tschetschenischen und des inguschischen Volkes, Feinde Russlands.«<sup>85</sup> Diese Kritik bezog sich auf den Versuch Jewkurows, islamistische Gruppen in seiner Republik in einen Dialog mit der offiziellen Geistlichkeit und Regierungsvertretern einzubeziehen. Auch wenn diese Geschehnisse einige Zeit zurückliegen, ist das Problem grenzüberschreitender Zwistigkeiten nicht erledigt. Im Juli 2017 etwa kam es an der Grenze zu Dagestan in einem Bezirk namens Leninaul zu Konfrontationen zwischen Tschetschenen und Angehörigen anderer Volksgruppen.<sup>86</sup>

Mit der Bekämpfung von Opposition greift Kadyrow weit über Tschetschenien hinaus. Wie erwähnt wurden einige seiner Gegner und Rivalen im Exil – sowohl in Russland als auch im Ausland – ermordet und ihre Angehörigen in Tschetschenien mit Sippenhaft bedroht. Das rief auch außerhalb Russlands

Proteste hervor, so in der tschetschenischen Diaspora in Wien, Stockholm und Berlin. Daraufhin drohte Kadyrow den Aktivisten in Europa, er werde ihre in Tschetschenien zurückgebliebene Verwandtschaft zur Verantwortung ziehen.<sup>87</sup>

Als »Fußsoldat Putins« bietet der tschetschenische Republikführer Moskau erfahrene Elitekämpfer für Einsätze in Syrien und in der Ukraine an. Dabei kann es geschehen, dass Tschetschenen auf beiden Seiten der jeweiligen Fronten kämpfen. In der Ostukraine etwa standen einige Hundert Tschetschenen ukrainischen Kämpfern gegen prorussische Separatisten zur Seite. Sie rekrutierten sich aus Kadyrow-feindlichen und antirussischen Gruppen im Exil und sind in zwei Brigaden organisiert. Die eine ist nach Dschochar Dudajew benannt, dem Führer der tschetschenischen Sezessionsbewegung in den 1990er Jahren, die andere nach Scheich Mansur, dem ersten Führer tschetschenischen Widerstands gegen das russische Vordringen in den Nordkaukasus Ende des 18. Jahrhunderts. Auf der Gegenseite kämpften Kadyrow-treue Tschetschenen, etwa 300 an der Zahl, für die von Moskau unterstützten Separatisten im Donbass.<sup>88</sup> Die russischen Übergriffe auf die Ukraine werden in Grosny nachdrücklich unterstützt. Zum dritten Jahrestag des Referendums für den Anschluss der Krim an Russland veranstaltete Kadyrow im März 2017 ein Sportfest unter dem Titel »Die Krim und Russland – Wir gehören zusammen«.<sup>89</sup> Kurz zuvor, am 23. Januar 2017, hatte Kadyrow zugegeben, dass tschetschenische Truppen in Syrien stationiert sind. Mit der Formierung tschetschenischer Einheiten für die Entsendung nach Syrien wurde der schon erwähnte Adam Delimchanow betraut. Unter anderem leisteten sie dort eine Zeitlang Dienst bei der russischen Militärpolizei in der Nähe von Aleppo. Nach mehrmonatigem Einsatz in Syrien kehrte die tschetschenische Militärpolizei-Truppe im Februar 2018 in ihre Heimat zurück.

<sup>85</sup> Zitiert in »Kadyrov Ramzan Achmatovič«, in: *Kavkazskij Uzel*, 22.12.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/85366/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/85366/)>.

<sup>86</sup> »Žiteli Leninaula rasskazali o strel'be na granice Dagestana i Čečni« [Einwohner Leninauls berichten über Schießerei an der Grenze zwischen Dagestan und Tschetschenien], in: *Kavkazskij Uzel*, 8.7.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/305704/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/305704/)>.

<sup>87</sup> Emil Souleimanov, »Kadyrov Represses Dissent among European Chechens«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, 9.3.2016.

<sup>88</sup> Laruelle, *Kadyrovism* [wie Fn. 49], S. 17.

<sup>89</sup> »Russia: Chechnya Media Highlights 13–19 March 2017«, *BBC Monitoring Global Newswire – Former Soviet Union Political File*, 25.3.2017.

Andererseits präsentiert sich Kadyrow in einer Weise als Führer der Muslime in Russland und auf internationaler Bühne, dass Moskau sich innen- und außenpolitisch herausgefordert sieht. Das zeigte sich 2017 im Zusammenhang mit der genozidale Züge tragenden staatlichen Gewalt gegen die muslimische Volksgruppe der Rohingya in Myanmar. Hier stellte sich Kadyrow wieder einmal als gewichtige Stimme der islamischen Welt dar. Am 4. September 2017 richtete er eine Massendemonstration mit angeblich einer Million Teilnehmern aus – laut der russischen Zeitung *Nowaja Gaseta* waren es nur rund 100 000 –, die ihre Solidarität mit den verfolgten Glaubensbrüdern und -schwestern in Südostasien zum Ausdruck bringen sollten. An der Demonstration beteiligten sich auch Vertreter der Geistlichen Verwaltungen (Muftiate) anderer nordkaukasischer Teilrepubliken. Präsident Putin und die Regierung Russlands wurden aufgerufen, in dieser außenpolitischen Angelegenheit entschiedene Position zu beziehen. Zuvor hatte Kadyrow in einem Video auf Youtube Stellungnahmen Moskaus kritisiert, denen zu entnehmen war, dass die russische gemeinsam mit der chinesischen Führung eher die staatlichen Stellen in Myanmar unterstützte und auf die Existenz von Rebellengruppen unter den Rohingya hinwies.<sup>90</sup> Zwar dürfte der Faktor Kadyrow für das russisch-chinesische Verhältnis kaum ins Gewicht fallen.<sup>91</sup> Dennoch brachte Kadyrow den Kreml mit dieser Ansage in Schwierigkeiten, denn in anderen muslimischen Regionen der Föderation wurde ebenfalls gegen die Verfolgung der Rohingya demonstriert, und selbst in Moskau vor der Botschaft Myanmars. Russische Politikexperten wie Fedor Lukjanow konstatierten denn auch einen ersten ernsthaften außenpolitischen Dissens zwischen Moskau und Grosny.<sup>92</sup>

<sup>90</sup> »Chechnya Holds Massive Rally in Support of Myanmar's Rohingya«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet Union Political File*, 4.9.2017.

<sup>91</sup> »Politologi kritično ocenili značimost' »faktora Kadyrova« v voprosach otnošenij Moskvy i Pekina« [Politologen schätzten die Bedeutung des »Faktors Kadyrow« für die Beziehungen zwischen Moskau und Beijing ein], in: *Kavkazskij Uzel*, 7.9.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/309143/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/309143/)>.

<sup>92</sup> »Given the growing role and influence of Muslim community in Russian politics the authorities can hardly ignore such sentiments. Especially when they are expressed by such an influential Muslim politician as Ramsan Kadyrov ... It seems the first time Kadyrov and the authorities disagree so much on an issue, which is even more important as it puts Russia in a complicated position in its relations with China, Myanmar's main patron.« Fedor Lukjanow, zitiert in »Russian Press Views Chechen Leader's Bid for New Status«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet Union Political File*, 6.9.2017.

Allerdings hatte Kadyrow schon 2012 die russische Regierung aufgerufen, der Repression gegen die Rohingya verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.<sup>93</sup> Fünf Jahre später bekundeten nun Muslime bei Demonstrationen in verschiedenen Teilen Russlands – in Moskau, Grosny, der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala, der Hauptstadt Karatschai-Tscherkessiens, Tscherkessk, und anderswo – ihre Solidarität mit den verfolgten Glaubensverwandten in Myanmar. Experten leiteten daraus bereits einen »Anstieg des politischen Islam in Russland« mit Kadyrow an der Spitze ab.<sup>94</sup> Bei den Demonstrationen und in sozialen Netzwerken tauchten antibuddhistische Parolen auf, ja sogar Aufrufe an Muslime, sich in den Jihad nach Myanmar zu begeben und den Rohingya beizustehen. Die russischen Sicherheitsorgane hielten sich indes mit gewaltsamen Maßnahmen gegen Demonstranten zurück.

Die Übertragung der von den Vereinten Nationen als brutale »ethnische Säuberung« beklagten Gewalt in Myanmar auf die religiöse Ebene und die Stilisierung des Konflikts zu einem Glaubensstreit zwischen Buddhisten und Muslimen würden zwar in erster Linie den Ländern Süd- und Südostasiens schaden, wo beide Glaubensgemeinschaften in Nachbarschaft leben. Aber auch der Vielvölkerstaat Russland könnte dadurch beeinträchtigt werden, gelten dort Islam und Buddhismus zusammen mit dem orthodoxen Christentum und dem Judentum doch als die »traditionellen Glaubensgemeinschaften«. Nahe dem Nordkaukasus, wo die heftigsten Reaktionen auf die Verfolgung der Rohingya zu verzeichnen waren, lebt in der Teilrepublik Chalm Tangschi (Kalmykien) die größte buddhistisch-lamaistische Volksgruppe im europäischen Teil der Russischen Föderation. Und in sozialen Netzwerken, wo Muslime zu Demonstrationen aufgerufen wurden, waren bereits Hassparolen gegen Kalmyken zu lesen.<sup>95</sup>

<sup>93</sup> Am 13. August 2012 schrieb er auf der offiziellen Website Tschetscheniens: »Ich bitte die Führung unseres Landes und die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), alle verfügbaren diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen, um die religiös-ethnischen Säuberungen, ja den Genozid in Myanmar zu beenden.« Zitiert in »Zajavlenija Kadyrova o M'janme priveri k zaderžanijam v Rossii« [Die Erklärungen Kadyrovs zu Myanmar haben zu Verhaftungen in Russland geführt], in: *Kavkazskij Uzel*, 11.9.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/309410/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/309410/)>.

<sup>94</sup> Sergei Markedonov, *Myanmar, Russia's Muslims, and a New Foreign Policy*, Moskau: Carnegie Moscow Center, 12.9.2017; Ridvan Bari Urcosta, »Far Away Myanmar Triggering Rise of Political Islam in Russia«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 13.9.2017.

<sup>95</sup> Ebd., S. 3.

Insgesamt allerdings hat sich in Russlands Bevölkerung die Einstellung gegenüber Buddhisten nicht verschlechtert, wie aus einer Umfrage des Lewada-Zentrums vom Dezember 2017 über das Verhältnis zu Religionsgemeinschaften hervorgeht.<sup>96</sup>

In der russischen Öffentlichkeit kursiert eine Reihe möglicher Erklärungen für die Aufwallung in Teilen der muslimischen Gemeinde. Einige bedienten sich gängiger Propagandaschablonen und klagten die USA an, hinter den Protestwellen zu stehen und Russlands Muslime aufzuhetzen. Andere bezichtigten die Türkei und Saudi-Arabien, Hysterie zu verbreiten. Vor allem aber wurde auf die politischen Ambitionen des tschetschenischen Republikführers hingewiesen, der seine Rolle als »Wächter des Islam« in dieser Krise zu untermauern versuche. Das wurde allerdings nicht nur negativ bewertet. Russland könne mit Kadyrows Unterstützung auch »spirituelle Bande« mit der islamischen Welt pflegen und daraus außen- und innenpolitisches Kapital schöpfen. Schließlich bekenne sich Kadyrow nicht nur zum Islam, sondern auch zu Russland und zu Präsident Putin.<sup>97</sup>

Tatsächlich stellt sich die tschetschenische Führung auch als Assistent Moskaus in dessen Mittelostpolitik dar – dem Bereich, der spätestens mit dem militärischen Einsatz in Syrien wieder eine herausragende Rolle in Russlands Außenpolitik spielt. Tschetschenien hat in Zijad Sabsazi seinen eigenen Botschafter für den Mittleren Osten und Nordafrika. Gegenwärtig wird er besonders bei Aktionen eingesetzt, mit denen Staatsbürger Russlands und des gesamten GUS-Raums aus Kriegszonen in Syrien, Irak und Libyen zurückgebracht werden sollen. Schon Kadyrows Vater Achmat, der 1990 ein Studium islamischen Rechts in Jordanien begonnen hatte, pflegte in seiner Amtszeit als Mufti und später als Präsident Tschetscheniens Beziehungen zu Staatsmännern im Mittleren Osten. Dabei diente ihm Sabsazi, ein in Aleppo geborener Tschetschene, als Berater.<sup>98</sup>

Kadyrow präsentiert Tschetschenien als wichtigen Akteur in Syrien, und zwar nicht nur durch Beteiligung an militärischen Einsätzen Russlands dort,

sondern auch am Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes. So unterstützt die Achmat-Kadyrow-Stiftung die Restaurierung der Hauptmoschee in Aleppo und weiterer Moscheen in Homs. Das tschetschenische Fernsehen zeigte den bereits mehrmals erwähnten Adam Delimchanow beim Freitagsgebet im Hof der Umayyaden-Moschee in Aleppo, der noch mit Trümmern von den wochenlangen Kämpfen um die Stadt übersät war. Im Anschluss daran besuchte Delimchanow gemeinsam mit dem Mufti Tschetscheniens ein mit Landsleuten bemanntes Polizeibataillon, das in den Straßen Aleppos patrouillierte, und hielt Reden in tschetschenischer Sprache.<sup>99</sup>

Freilich greift Kadyrows Mittelostpolitik weit über Syrien hinaus und richtet sich vor allem an Saudi-Arabien und die Golfstaaten, mit denen die nordkaukasische Teilrepublik auch wirtschaftliche Beziehungen unterhält. Bereits in vergangenen Jahren pflegte Kadyrow Beziehungen mit dem saudischen Verteidigungsminister Mohammad bin Salman, noch bevor dieser zum neuen Kronprinzen Saudi-Arabiens avancierte. In Widerspruch zu dieser Anlehnung an das wahhabitische Königreich geriet allerdings eine Resolution, die ein internationaler Kongress islamischer Theologen 2016 in Grosny verabschiedete. In der sogenannten Grosny-Fatwa wurde »religiöser Extremismus in all seinen Erscheinungsformen« verurteilt, Wahhabismus und Salafismus wurden dabei zu den »gefährlichen Strömungen« gezählt. Diese Fatwa rief eine Kontroverse unter den Islamgelehrten und der offiziellen Muftiatsgeistlichkeit in Russland hervor.<sup>100</sup> Im November 2016 teilten dann saudische Medien mit, bei einem Treffen mit dem Kronprinzen habe Kadyrow klargestellt, die Stellungnahme gegen den Wahhabismus sei ein Missverständnis gewesen.<sup>101</sup> Die Beziehungen mit Riad haben unter der Kontroverse nicht gelitten. Kadyrow hebt Saudi-Arabien mit Nachdruck als unverzichtbaren Partner bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus hervor. Der tschetschenische Mufti traf Ende Mai 2017 in Moskau mit den Botschaftern Saudi-Arabiens und Kuweits zusammen und pries Tschetschenien als »verlässliche Brücke zwischen der islamischen Welt und Russland«.<sup>102</sup> Als

<sup>96</sup> *Otnošenie k religijam* [Die Einstellung zur Religion], Moskau: Lewada-Zentrum, 23.1.2018, <[www.levada.ru/2018/01/23/otnošenie-k-religijam/](http://www.levada.ru/2018/01/23/otnošenie-k-religijam/)>.

<sup>97</sup> »Groznoe preduzpreždenie« [Warnung aus Grosny], in: *Gazeta.ru*, 4.9.2017, <[www.gazeta.ru/comments/2017/09/04\\_e\\_10873592.shtml?mc\\_cid=5d6588ce8e&mc\\_eid=9eaa49374d](http://www.gazeta.ru/comments/2017/09/04_e_10873592.shtml?mc_cid=5d6588ce8e&mc_eid=9eaa49374d)>.

<sup>98</sup> Pavel Luzin, »Ramzan Kadyrov: Russia's Top Diplomat«, in: *Intersection (Security)*, 11.4.2017, <<http://intersectionproject.eu/article/security/ramzan-kadyrov-russias-top-diplomat/>>.

<sup>99</sup> Albert Aji, »Chechnya a Major Player in Rebuilding Syria«, in: *The Daily Star*, 19.7.2017.

<sup>100</sup> Liz Fuller, »Grozny Fatwa On 'True Believers' Triggers Major Controversy«, in: *Radio Free Europe/Radio Liberty (Caucasus Report)*, 14.9.2016, <[www.rferl.org/a/caucasus-report-grozny-fatwa-controversy/27987472.html](http://www.rferl.org/a/caucasus-report-grozny-fatwa-controversy/27987472.html)>.

<sup>101</sup> »Kadyrov Ramzan Achmatovič« [wie Fn. 85].

<sup>102</sup> »Russia: Chechnya Media Highlights, 22 May–4 June

der saudische König dann Anfang Oktober 2017 Moskau den ersten Besuch eines saudischen Herrschers in Russland seit Gründung des Königreichs abstattete, wurde dies in russischen Medien als eines der bedeutendsten außenpolitischen Ereignisse der letzten Jahre herausgestellt. Tschetschenien rühmte sich hier abermals seiner Brückenfunktion zwischen Russland und der islamischen Welt.

Diese Funktion unterlegt Kadyrow mit vehement antiwestlichen Kommentaren. Er erinnert dabei gerne an die wohl größte Demonstration, die je in Grosny stattgefunden hat. Sie stand im Zusammenhang mit der internationalen Auseinandersetzung um die islamistischen Terroranschläge vom Januar 2015 auf die »Charlie Hebdo«-Redaktion und andere in Paris. Unter der Parole »Wir sind nicht Charlie« ordnete Kadyrow eine Massendemonstration an, die sich gegen Karikaturen des Propheten Mohammed in westlichen Medien und einen satirischen Umgang mit Religion richtete. Die Demonstranten setzten sich von den Reaktionen im Westen auf die Anschläge ab und beklagten die Verletzung religiöser Gefühle durch »westliche Meinungsfreiheit«. Kadyrows rechte Hand auf dem Gebiet antiwestlicher Ideologie ist Dschambulat Umarow, der tschetschenische Minister für Nationalitätenpolitik, auswärtige Beziehungen, Presse und Information sowie Autor eines Buchs mit dem Titel »Der KRA-Faktor. Konfrontation«. KRA steht hier für »Kadyrow, Ramsan Achmatowitsch«. Umarow stellt den tschetschenischen Führer als Schlüsselfigur im Kampf gegen »westliche Verschwörungen gegen Russland« dar und unterstreicht diese Funktion mit religiösen Argumenten.<sup>103</sup>

Im Tempelberg-Konflikt, der sich 2017 an Einschränkungen des Zugangs zur Al-Aksa-Moschee in Jerusalem entzündete, legte sich Tschetschenien auch mit Israel an. Das Muftiat der Republik veröffentlichte im Juli eine Erklärung, die in der tschetschenischen Bevölkerung fast als Aufforderung zum Jihad verstanden wurde.<sup>104</sup> Kadyrow schlug dann ein Abkommen vor, das den Muslimen den Zutritt zu ihren heiligen Stätten in Jerusalem und die Sicherheit der Al-Aksa-

Moschee garantiert, und bot sich selbst als »Wächter von Al-Aksa« an. Nachdem diese Moschee wieder frei zugänglich war, reklamierte Kadyrow ein maßgebliches Verdienst tschetschenischer Stellen für die Beilegung des Streits.

Zudem bot sich Grosny im selben Jahr als Austragungsort für internationale Konferenzen über humanitäre Hilfe an. Als Gründe für diesen Vorstoß nannte das Ministerium für Nationalitätenpolitik, auswärtige Beziehungen, Presse und Information die Autorität Tschetscheniens im gesamten Orient, die herzlichen persönlichen Beziehungen Ramsan Kadyrows zu vielen Führern der islamischen Welt sowie die Beteiligung tschetschenischer Behörden an einer »Politik der Volksdiplomatie« und der Organisation humanitärer Hilfe im Ausland.<sup>105</sup> Ein Hilfsprojekt, das besonders herausgestellt wird, besteht in der Unterstützung von Rohingya-Flüchtlingen aus Myanmar durch den Achmat-Kadyrow-Fonds.

2017«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 6.6.2017.

**103** Zitiert in Denis Grekov, »Kadyrov's Myanmar Offensive and Its Consequences«, in: *Intersection (Politics)*, 25.9.2017, <<http://intersectionproject.eu/article/politics/kadyrovs-myanmar-offensive-and-its-consequences>>.

**104** »DUM Čečni pojasnilo svoje otnošenje k džichadu protiv Izrailja« [Die Geistliche Verwaltung der Muslime Tschetscheniens hat Stellung zum Jihad gegen Israel bezogen], in: *Kavkazskij Uzel*, 24.7.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/306587/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/306587/)>.

**105** »Gumanitarnuju pomošč vezut v Groznyj« [In Grosny wird humanitäre Hilfe geleistet], in: *Kommersant*, 14.6.2017.

## Ausblick

Mit seiner Sezessionsbewegung in den 1990er Jahren und seiner Auseinandersetzung mit Moskau in zwei Kriegen wurde Tschetschenien in der europäischen Wahrnehmung zum Pars pro toto für den Nordkaukasus. In der Folgezeit weiteten bewaffnete islamistische Untergrundbewegungen, die sich auch in anderen Teilen der kaukasischen Peripherie Russlands entfalten, den Blick über diesen Brennpunkt hinaus. Nach dem Ende der massiven Kriegshandlungen ist Tschetschenien in den letzten zehn Jahren nicht mehr als das Epizentrum von Gewalt in dieser Region hervorgetreten. Dennoch ist es bislang nicht dauerhaft befriedet. Ähnliches gilt für den Nordkaukasus insgesamt. In den letzten drei, vier Jahren nahmen die Gewaltereignisse und die Kampfkraft von Aufständischen dort so weit ab, dass die russische Öffentlichkeit diese Region kaum noch als besonderen Problemfall registriert. Im Dezember 2017 erklärte Russlands Inlandsgeheimdienst FSB offiziell, der bewaffnete Untergrund im Nordkaukasus sei nun vollends liquidiert.<sup>106</sup> Regionalexperten bezweifeln diese Einschätzung, da nach wie vor Kämpfe zwischen Sicherheitskräften und Aufständischen stattfinden. Außerdem könnte die Rückkehr kaukasischer Jihad-Migranten aus islamistischen Kampfformationen im Ausland in ihre Heimatregionen zur sicherheitspolitischen Herausforderung werden. Das gilt besonders für die größte nordkaukasische Teilrepublik Dagestan. Dort hatte Republikführer Ramasan Abdulatipow 2013 angekündigt, den bewaffneten Untergrund niederzuwerfen und die Korruption zu bekämpfen. Diese Aufgaben konnten allerdings nicht oder nur unzureichend gemeistert werden. Daraufhin wurde Abdulatipow im Oktober 2017 durch einen ehemaligen hohen Polizeioffizier aus Moskau ersetzt. Dies war der stärkste Eingriff der russischen Zentralgewalt in die regionalen Verhältnisse im Nordkaukasus.<sup>107</sup> Dem folgten im Januar und Februar 2018 die Entlassung der gesamten

Regierung Dagestans und die rigideste Säuberungskampagne in einer Teilrepublik unter Einsatz föderaler Sicherheits- und Rechtsschutzorgane wie der Generalstaatsanwaltschaft und des FSB. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Russland sollte damit eine weitere Straffung der »Machtvertikale« gegenüber Problemregionen wie dem Nordkaukasus signalisiert werden.<sup>108</sup> In kaukasischen Teilrepubliken werden immer häufiger hohe Verwaltungskader aus anderen Landesteilen eingesetzt.

Weitgehend geschützt vor solchen Maßnahmen erscheint dagegen immer noch die Herrschaft Ramsan Kadyrows als Republikführer in Tschetschenien. Bisher ist das Loyalitätsverhältnis zwischen dem Präsidenten Russlands und seinem Statthalter in diesem historisch besonders exponierten Föderationssubjekt weitgehend intakt. Präsident Putin hat Stabilisierungskosten für die »Befriedung« des einstigen Kriegsschauplatzes in Kauf genommen. Darunter sind gravierende Menschenrechtsverletzungen in der Republik selbst, bislang unaufgeklärte politische Morde, mitunter eigenmächtige außenpolitische Aktivitäten und eine »Islamisierung von oben«, die in dieser Teilrepublik Rechtszustände geschaffen hat, welche Russlands Gesetzgebung zumindest teilweise widersprechen. Zwar wurde die föderale Machtvertikale in der gesamten Russischen Föderation weiter gestrafft. Dies manifestierte sich in einem regen Personalwechsel innerhalb der regionalen Eliten vor den für März 2018 angesetzten Präsidentschaftswahlen. Gleichwohl präsentiert sich die Republikführung in Tschetschenien unverdrossen als eine Art Sultanat, das sich angeblich von nichts und niemandem außer von Präsident Putin höchstpersönlich etwas sagen lässt. Es wird darüber spekuliert, ob sich am Putin-Kadyrow-Pakt in der nächsten Amtsperiode des im März 2018 wohl wiedergewählten russischen Staatführers etwas ändern könnte. Die Frage ist auch, wie sich die tschetschenische Führung verhielte, wenn Putin ein Machtwort spräche und doch einmal eine personelle Änderung an der Spitze der Republik ein-

<sup>106</sup> »Rossija vyigrala ešče odnu važnejšuju bitvu« [Russland hat eine weitere entscheidende Schlacht gewonnen], in:

*Vzgljad Delovaja Gazeta*, 19.12.2017, <[https://vz.ru/politics/2017/12/19/900398.html?mc\\_cid=e7db48683e&mc\\_eid=9eaa49374d](https://vz.ru/politics/2017/12/19/900398.html?mc_cid=e7db48683e&mc_eid=9eaa49374d)>.

<sup>107</sup> Zu dieser Jahresbilanz siehe Paul Goble, »A Year in Review: For the North Caucasus in 2017, Old Problems Remain while New Ones Arise«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 9.1.2018.

<sup>108</sup> Maria Domńska/Wojciech Górecki, *A Purge in Dagestan ahead of the Russian Election*, Warschau: Centre for Eastern Studies (OSW), 14.2.2018, <[www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2018-02-14/a-purge-dagestan-ahead-russian-election](http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2018-02-14/a-purge-dagestan-ahead-russian-election)>.

forderte. Kadyrow selbst hat wiederholt bekundet, sein Amt zur Verfügung zu stellen, sollte Präsident Putin dies verlangen.<sup>109</sup> Aus Russlands Öffentlichkeit kam bislang kein Druck in diese Richtung: Nach einer im Oktober 2017 veröffentlichten Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums figuriert Kadyrow unter zehn Politikern Russlands, denen die Bevölkerung vertraut, an siebter Stelle und gilt als »starker Führer«.<sup>110</sup> Und Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten, bestätigte am 27. November 2017, dass der Kreml Kadyrow weiterhin als Republikführer in Tschetschenien betrachte. Kadyrows Cousin und rechte Hand in Moskau, Adam Delimchanow, bekräftigte dies mit den Worten, die Zukunft der Republik sei ohne Ramsan Kadyrow unvorstellbar.<sup>111</sup> Ähnliche Aussagen sind aus der russischen Machtelite über den amtierenden Präsidenten des Landes zu vernehmen. So hat der Duma-Vorsitzende Wjatscheslaw Wolodin die Losung »Putin ist Russland – ohne Putin kein Russland« ausgegeben.<sup>112</sup> Dennoch ist nicht garantiert, dass der Loyalitätspakt zwischen Putin und Kadyrow sowie die Machtstellung des einen wie des anderen in einer vierten Amtszeit Putins als Staatspräsident Bestand haben werden. Derzeit erhebt sich in Tschetschenien kein vehementer Widerstand gegen den Landesfürsten. Hier wirkt noch der Kontrast zu der fürchterlichen Kriegsperiode nach, von der Kadyrow sich mit dem Hinweis auf »Befriedung« und »Wiederaufbau« Tschetscheniens abzusetzen bemüht. Fraglich ist allerdings, ob dieser Kontrast auf Dauer Frustration über die Gewaltherrschaft und die sozioökonomischen Zustände in der Teilrepublik zu überdecken vermag.

Ungeachtet der außenpolitischen Ambitionen seines Republikführers gilt Tschetschenien wie der übrige Nordkaukasus als innere Angelegenheit der Russischen Föderation. Im Unterschied zum Südkaukasus mit seinen drei unabhängigen Staaten und ungelösten Territorialkonflikten öffnet sich der kaukasische Landesteil Russlands nicht für internationale Politik. Eine Ausnahme bilden Tschetscheniens wirtschaftliche und politische Beziehungen mit arabi-

sehen Golfstaaten. Vor allem seit dem zweiten Tschetschenienkrieg war der Einfluss Europas und internationaler Organisationen auf die Friedensregelung deutlich eingeschränkt.<sup>113</sup> Zuvor war vor allem die OSZE als Vermittler im Konflikt zwischen Moskau und Grosny engagiert. Nach dem Einmarsch russischer Truppen in die abtrünnige Teilrepublik gründete sie 1995 eine Beistandsgruppe für Tschetschenien, half unter Leitung des Schweizer Diplomaten Tim Guldimann, den ersten Tschetschenienkrieg zu beenden, und behielt ihre Präsenz in der vom Krieg zerstörten Republik bis Ende 1998 bei. Aufgrund der dramatischen Sicherheitslage in der Zwischenkriegszeit und der Anarchie in dem 1996 faktisch unabhängig gewordenen Tschetschenien sah sich die OSZE gezwungen, die Beistandsgruppe nach Moskau zu evakuieren, so dass im zweiten Krieg ab Oktober 1999 das Fehlen internationaler Präsenz im Konfliktgebiet spürbar wurde.<sup>114</sup> 2001 bezog die OSZE-Beistandsgruppe wieder Quartier in Tschetschenien, in Snamenskoje, einem Standort, der weitgehend vom Kriegsgeschehen verschont blieb. Ihre Bewegungsfreiheit war jedoch stark eingeschränkt und ihrem ursprünglich weitreichenden Mandat – Mediation zwischen den Konfliktparteien, Beobachtung der Menschenrechte, Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Bevölkerung und Förderung der Rückkehr von Flüchtlingen – konnte sie kaum mehr nachkommen. Am Jahresende 2002 wurde dann das Mandat nicht mehr verlängert. Die Mission und die internationale Präsenz in Tschetschenien gingen zu einem Zeitpunkt zu Ende, als Moskau seine Politik der Tschetschenisierung einleitete und der Aufstieg des Kadyrow-Clans begann.

Dabei hatte und hat bis heute die Entwicklung in Tschetschenien und im Nordkaukasus aufgrund von Fluchtbewegungen und Migration auch internationale Bedeutung und Einfluss auf Europa. Seit Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs haben sich zwischen 130 000 und 150 000 Flüchtlinge und Migranten aus Tschetschenien in Länder der EU begeben, vor allem nach Frankreich, Österreich, Belgien und Deutschland. Flucht und Migration aus der Kadyrow-Republik halten auch nach Beendigung der massiven Kriegs-

**109** »Zajavlenie Kadyrova o gotovnosti k otstavke stalo vtorym za četyre mesjaca« [Erklärung Kadyrows über seine Bereitschaft zum Rücktritt: schon die zweite in vier Monaten], in: *Kavkazskij Uzel*, 29.11.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/313122/](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/313122/)>.

**110** Ebd.

**111** Ebd.

**112** Zitiert in Andreas Rüesch, »Herrscher über eine Sackgasse«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 26.1.2018.

**113** Siehe dazu Martin Malek/Anna Schor-Tschudnowskaja (Hg.), *Europa im Tschetschenienkrieg. Zwischen politischer Ohnmacht und Gleichgültigkeit*, Stuttgart 2008.

**114** »Rückkehr der OSZE nach Tschetschenien«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 15.6.2001; Wolfgang Grycz, »Tschetschenien vor Ort. Interview mit dem OSZE-Beauftragten Botschafter Jorma Inki«, in: *Ost-West. Europäische Perspektiven (OWEP)*, (2003), 4, S. 311–316.



handlungen an. Während des ersten Tschetschenienkriegs flohen viele Einwohner der Republik vor der massiven Gewalt in die engere und weitere Nachbarschaft, nach Dagestan und Inguschetien sowie ins Innere Russlands. Fluchtwellen nach Europa entstanden erst im zweiten Tschetschenienkrieg. Stellten in Deutschland 1999 nur 368 Staatsbürger Russlands Asylanträge, waren es ein Jahr später bereits 3001 (darunter 1025 Tschetschenen) und 2001 schon 4824 (darunter 1994 Tschetschenen). Seit 2012 stiegen die Zahlen nochmals an und erreichten 2013 einen Höhepunkt mit 14 487 Anträgen. Die Erfolgsrate bei den Asylanträgen war zwischen 2003 und 2005 am höchsten (2004: 32 Prozent). Dagegen wurden 2016 nur noch etwas über 4 Prozent der Anträge anerkannt. In dem Jahr kamen mehr als 12 000 Asylsuchende aus Russland nach Deutschland, davon 9850 Tschetschenen, also mehr als 80 Prozent.<sup>115</sup> Repräsentanten der tschetschenischen Diaspora-Gemeinden in Paris, Berlin und Wien weisen darauf hin, dass sich die Asylpolitik infolge der Migrations- und Flüchtlingskrise innerhalb der EU deutlich verändert.<sup>116</sup> Der deutsche Verfassungsschutz warnte in jüngster Zeit verstärkt vor wachsender Terrorgefahr durch kampferprobte Islamisten aus dem Nordkaukasus, die an bewaffneten Auseinandersetzungen an auswärtigen Jihad-Fronten im Mittleren Osten beteiligt waren.

Einer Gleichsetzung tschetschenischer Migranten mit militanten Islamisten ist allerdings mit Vorsicht zu begegnen. Menschenrechtsverletzungen im Herrschaftsbereich Kadyrows zwingen nicht nur den inzwischen deutlich geschrumpften islamistischen Untergrund zur Auswanderung aus der Kaukasusrepublik. Zur Flucht genötigt sehen sich auch von Sippenhaft betroffene Personen, die als Gegner und Kritiker des Republikführers identifiziert oder der Verletzung tschetschenischer Tradition aufgrund ihrer sexuellen Orientierung bezichtigt werden.

Der Zusammenhang zwischen Migrations- und Menschenrechtsproblematik gebietet internationale Aufmerksamkeit für die Situation in Tschetschenien. Seit März 2017 haben denn auch internationale Organisationen sowie Regierungsstellen in Europa

und den USA so häufig wie kaum zuvor in den letzten zehn Jahren Besorgnis über die prekäre Menschenrechtslage in der Kaukasusrepublik geäußert.

## Abkürzungsverzeichnis

ASSR	Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
FSB	Federalnaja sluschba besopasnosti Rossijskoi Federazii (Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation)
IS	»Islamischer Staat«
LGBT	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender
OMON	Otrjad mobilny ossobowo nasnatschenija (Mobile Einheit besonderer Bestimmung)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
WZIOM	Wserossijski zentr isutschenija obschtschestwennowo mnenija (Allrussisches Meinungsforschungszentrum)

## Lektüreempfehlungen

*Uwe Halbach*

### **Russland und der Nordkaukasus im Umfeld des globalen Jihadismus**

SWP-Aktuell 23/2017, April 2017

*Uwe Halbach/Manarsha Isaeva*

### **Dagestan: Russlands schwierigste Teilrepublik. Politische und religiöse Entwicklung am »Berg der Sprachen«**

SWP-Studie 8/2015, April 2015

<sup>115</sup> Olga Gulina, »What Happens When Chechens Seek Asylum in Europe?«, in: *Intersection (Russia/Europe)*, 2.10.2017, <<http://intersectionproject.eu/article/russia-europe/what-happens-when-chechens-seek-asylum-europe>>.

<sup>116</sup> »Členy diaspory rasskazali o strache pered vlastjami Čečni« [Mitglieder der Diaspora berichteten über ihre Furcht vor den Behörden Tschetscheniens], in: *Kavkazskij Uzel*, 27.12.2017, <[www.kavkaz-uzel.eu/articles/314365](http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/314365)>.